Nr. 174

19. Dezember 1991



INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Mit Jahresübersicht 1992

Hallo,
diese Woche war der Briefkasten kurz vorm überlaufen.Wir haben uns auf die Papiere aus Berlin konzentriert und mußten einige interessante Texte in den Ordner stecken. Der Weg dorthin lohnt sich also und ist für die VielleserInnen eine Möglichkeit, die nächsten zwei Wochen ohne Interim zu überbrücken. Auch wir machen Weihnachtspause und erscheinen mit der nächsten Ausgabe erst am 9.1.92.
Gefreut haben wir uns über die in diesem Heft beginnende Auseinandersetzung über das Interim-Konzeptpapier aus der Nr.172. Sie ist notwendig, und wir hoffen, daß sie nächstes Jahr weiter geführt wird.

Der Artikel (S.24) von "einigen Antifaschistinnen aus Berlin" hat uns insgesamt gut gefallen: Vor allem das Herausstellen eines"Rassismus von unten" gegenüber den Verharmlosungen und Entschuldigungen, wie sie unter anderem auch in besagtem Wildcat-Artikel zu finden sind. Wo die Wildcats aber den althergebrachten Klassenbegriff im Sinne einer allesumfassenden Erklärung zu retten versuchen (der Rassismus als eigenständiges Gewaltverhältnis negiert), da wird dies von den Antifaschistinnen einfach nur umgedreht. Klassenkämpfe in der DDR gibt es nicht; sind nur "dem hoffningsvoll verklärten Blick" geschuldet, "den Teile der Autonomen auf die Proteste werfen".
Hier werden **wieder** einmal Gewaltverhältnisse gegeneinander ausgespielt.



Liebe delogierte Frauen aus Wien,
wir werden euer Papier an die amazora weiterleiten: dort kann auch das Flugblatt der lesbischen Frauen veröffentlicht werden, was unserer Meinung nach für eine faire Auseinandersetzung notwendig ist.
Gruß die i.-Frauen

INHALTE:

ORDNER:

- "Freiheit für Knud und Ralf"
- Kopenhagen,Veranstaltung über anti-imp.Widerstand
- Mitschrift vom 6.12. im Iren-Prozess
- Infos zu den Flüchtlingen in Norderstedt
- Demo-Aufruf Silvester in Göttingen
- Programm der autonomen Ruhrfestspiele in Gelsenkirchen
- Demo-Aufruf Häuserkampf in Köln
- na, und wie gehts weiter?
- Auslandsbüro der TKP/ML (Bolschewiki)
- Einladung zum Treffen wg. Bernd Rössner

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

SCHLECHTE NACHRICHTEN
IN EINEM STÜCK ZEITUNG

Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.

Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen,
Schimmer von zärtlicher Schwärze,
Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?

Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt,
kann die Leichen ehren, sich reinwaschen
vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen,
mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.

Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur,
damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.

ROQUE DALTON

Gerd Albartus ist tot.

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Mo-

ment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffnet kämpfender Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist - egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unsren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zu-

stand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben - sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil - es gehört zu den makaberen Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstands durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstands begreift.

2.

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen hatten. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried "Bonni" Böse, angehörten, einen Airbus der Air-France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel-Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer

Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan hatten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten, und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrundelegten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichts desto weniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu, selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Kriegs geschrieben hatte: "Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Is rael mit ein." Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Ge-

fängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfs zueigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten - wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen, oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen - sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe, so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab - daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe - und sei es nur in Form des schleichenden Gifts einer Lebenslüge - dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den

internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab **und** weil wir uns selbst schwertaten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfs selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten - kurzum - brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der KOMINTERN bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammengekämpft haben, sondern das - sicherlich sehr pauschale - Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in

den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich - trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner - schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden - wie sonst auch - die Machtverhältnisse.

3.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später - im Januar 1977 - verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer 'reinen Weste' hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere 'Selbstkritik' in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: "Scheißegal,

muß laufen." Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg - gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung "Bruchstücke" und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

> “WENN MILITANT SEIN HEISST,
> DASS ICH ALLE MÖGLICHKEITEN NUTZE,
> DASS ICH NUR JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUE
> UND ALLE NUR MÖGLICHEN AKTIONEN,
> UM EIN FÜR ALLEMAL
> DIE NATÜRLICHE LEBENSWEISE DES MENSCHEN
> WIEDER EINZUFÜHREN,
> WENN DAS MILITANT IST,
> DANN BITTE ICH MEINEN VATER SONNE,
> UND MEINE MUTTER ERDE,
> DASS SIE MIR LEBEN UND STÄRKE GEBEN,
> UM VON ALLEN
> DER MILITANTESTE ZU SEIN.”
> (EIN MEDIZINMANN)

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter- Bedingungen, die von der Logik des Kriegs diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für

den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich - unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners - dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den "romantischen Verlierern" aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der KOMINTERN sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt drüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irr-

weg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: "Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder." Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.



Revolutionäre Zellen Dez. 91

Presseerklärung

Wir haben am Samstag das Souvenirgeschäft in der Uhlandstraße Ecke Kurfürstendamm mit Buttersäure, Batteriesäure und Rauchbomben angegriffen, weil dort rechtes Propagandamaterial verkauft wird.

Reichskriegsflaggen und Parolen wie "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" und "Deutschland den Deutschen" - egal ob als Wimpel, T-Shirt oder Aufnäher - sind Signale:
- Signale einerseits für Gleich- und Ähnlichgesinnte, Identität und Stärke beschwörend, konstituierend für Mörderbanden.
- Signale andererseits an potentielle Opfer, einschüchternd und ihr Leben bedrohend, Zeichen der Diskriminierung an sich.
- Signale schließlich an die Allgemeinheit, Propaganda des Nationalismus, prägend für eine Athmosphäre rassistischer Gewalt.

Diese Aufkleber und Flaggen sind nicht als Modeartikel, als schicke Accessoires zu behandeln, sondern als Demonstration rechter und rechtsradikaler Gesinnung, als Ausdrucksform der Neonazis, und das, was sie im Grunde sind: eine Morddrohung. Geschäfte, die solches verkaufen, ob gedanken- oder skrupellos oder gar damit sympathisierend, greifen wir an.

Wir rufen alle anderen auf, das gleiche zu tun.

Wer Faschokram verkauft wird platt gemacht.

Autonome Gruppen gegen Rassismus

Die Übergriffe auf Asylanten, ausländische Studenten & Andersdenkende haben sich in Greifswald in letzter Zeit gehäuft. Als jüngstes Bsp. seien nur die Brandanschläge auf Asylantenheime genannt. Um diesem entgegen zu wirken rufen die Gwd'er AUTONOMEN zur

Antifaschistischen DEMO auf!

GEGEN GEWALT und AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT
Treffpunkt ist

GREIFSWALD. MENSA am WALL

An Alle!!!! Wehrt Euch! Greift ein! Schaut nicht zu!

Am Sonnabend, den 11.1.1992 um 13³⁰

(anschließend Solikonzert in der Mensa mit Bier + Bockwurst + Antifa-laden

DIE GREIFSWALDER AUTONOMEN

Gemeinsame Erklärung von Flüchtlingen aus Berlin, Norderstedt, Schwalbach und anderen Städten Berlin, den 8.12.91

Diese Erklärung ist von einer Gruppe Flüchtlinge aus Hoyerswerda, Sachsen und Schwalbach, Hessen geschrieben worden, von den Flüchtlingen, die zur Zeit die Technische Universität Berlin besetzt halten und die, die sich in der Schalomgemeinde in Norderstedt aufhalten.
Wir kamen zusammen, um die Probleme zu besprechen, die alle Flüchtlinge in Deutschland zur Zeit betreffen. Wir vertreten Flüchtlinge aus vielen verschiedenen Teilen Deutschlands. Das Recht auf Asyl ist in ã 16 GG festgehalten. Es ist jedoch über die Jahre hinweg systematisch ausgehöhlt worden. Immer weitere Einschränkungen werden eingeführt, die es für die meisten Flüchtlinge praktisch unmöglich machen, in diesem Land politisches Asyl zu erhalten., obwohl viele trotzdem unter den Begriff "Flüchtling", wie ihn die Genfer Konvention definiert, fallen.
Wir haben den Eindruck, daß diese Untergrabung des Rechts auf Asyl mit einer wachsenden Welle von Faschismus in Deutschland einhergeht, eine Welle, die besonders in der Ex-DDR spürbar ist. Das faschistische Potential in der Ex-DDR ist wohlorganisiert und kann innerhalb einer kurzen Zeitspanne mobilisiert werden.
Dies gilt sowohl für große als auch für kleine Städte, und ebenso für die ländlichen Gebiete. Wir wissen, daß dies so ist, weil viele von uns diese Erfahrung selbst gemacht haben, während wir in der Ex-DDR lebten.
Die Politiker in diesem Land haben mit der "Asyldebatte" Öl in das schon brennende rassistische Feuer gegossen. Dies ist einer der Gründe, warum rassistische Angriffe brutaler und häufiger werden.
Gewalttätige Angriffe haben sowohl in West- als auch in Ostdeutschland stattgefunden, in der Ex-DDR werden sie jedoch durch eine fehlende Infrastruktur erleichtert, wie z.B. schlecht ausgerüstete Polizeikräfte. Unsere Erfahrung ist, daß teilweise die Polizei nicht willens ist, uns zu helfen - andere wollen es, können aber, weil sie zu wenige oder schlecht ausgerüstet sind, nicht helfen.
Andere Probleme in Ostdeutschland sind die drastisch wachsende Arbeitslosigkeit, die niedrigen Löhne und steigenden Preise, und im allgemeinen Sicherheitsprobleme.
Im Anbetracht dieser Probleme ist es von der Regierung unverantwortlich, Asylsuchende in die Ex-DDR zu schicken, bis sich die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen dort verbessert haben.
Der pogromartige Angriff auf AusländerInnen in Hoyerswerda, der von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, könnte so fast überall in der Ex-DDR passieren.
Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda berichteten, daß diese Angriffe mehrere Tage anhielten, und daß die Polizei nicht dazu fähig war, sie zu schützen. Am Ende mußten die Flüchtlinge von den Behörden evakuiert werden. Sonst wäre es zu einem Massaker gekommen.
Die Flüchtlinge, die 45 Tage eine Kirche in Neumünster besetzt hatten und damit verhindern wollten, in die Ex-DDR geschickt zu werden, hatten eine ähnliche Erfahrung wie die Flüchtlinge in Hoyerswerda, Leipzig, Dresden und Meißen.
Am Ende unterwarfen sie sich dem Druck der Kirche und der Regierung und erklärten sich widerwillig damit einverstanden, nach Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern zu gehen. Sechs Tage später wurden sie dort von einem Mob, bestehend aus ungefähr 200 Rassisten, angegriffen, die Steine schmissen, aus Gaspistolen und mit Leuchtspurmunition auf sie schossen und mit Eisenstangen,

Ketten und Knüppeln bewaffnet waren. Besonders die Kinder leiden immer noch unter dieser Erfahrung. Ein Kind fragte seinen Vater: "Wollen sie uns umbringen?"
Hessen hat sich bereiterklärt, daß die Flüchtlinge, die Opfer rassistischer Angriffe in der Ex-DDR waren, nach Hessen zurückkehren und dort bleiben dürfen. Schleswig-Holstein hat diesen Schritt bisher nicht getan.
Den Flüchtlingen in der Schalomgemeinde in Norderstedt (denselben Flüchtlingen, die die Kirche in Neumünster besetzt hatten) wurde gesagt, daß sie nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren sollten.
Die Gesetze für AusländerInnen - das neue Ausländergesetz und die, die das Asylverfahren betreffen, sollen Menschen isolieren. Aufgrund des Mangels an Wohnraum, selbst für Deutsche, haben Flüchtlinge keine Möglichkeit in Wohnungen zu leben. Die Regierungspolitik, seit Jahren keine adäquaten Unterbringungen zu bauen, zeigt ihren Effekt in der Situation von AusländerInnen. Flüchtlinge müssen in Flüchtlingslagern leben, die mit Gefängnissen vergleichbar sind. Einige haben Gitterstäbe vor den Fenstern und sind von Mauern umgeben. Diese Art von Unterbringungen sind von der deutschen Bevölkerung isoliert und sie sind leicht Ziel faschistischer Angriffe.
Alle Unterbringungen für Asylsuchende ob klein oder groß, zentral oder dezentral gelegen, sind von der deutschen Bevölkerung isoliert. Diese Situation fördert rassistische Ideologie.
Eine weitere Regierungspraxis sind regelmäßige und schnelle Abschiebungen in die Heimatländer, wo Verfolgung, Folter und selbst der Tod auf die abgeschobene Person warten. Dies resultiert aus unzureichenden Interviews - die Flüchtlinge haben keine Möglichkeit, sich über die Asylgesetze zu informieren. Häufig werden ihnen irrelevante Fragen gestellt. Die Regierung sagt dann, daß die Asylgründe der Bewerber "offensichtlich unbegründet" seien und die Abschiebung folgt kurz darauf.
Die Zukunft von Flüchtlingen in diesem Land ist noch trüber. Einige Politiker schlagen vor, Flüchtlinge in von Mauern umgebenen Unterbringungen zu halten, die die Flüchtlinge nicht verlassen dürfen und die niemand betreten darf, so daß es eine Unmöglichkeit ist, rechtlichen Rat zu bekommen. Nachdem die Entscheidung über das Asylverfahren gefallen ist, sollen die Flüchtlinge direkt in ihr Heimatland abgeschoben werden.
Wir appellieren an alle Flüchtlinge und an alle demokratisch denkenden Menschen, sich an unserem Kampf gegen das faschistische Potential, sowie für unsere Menschenrechte und Anerkennung als Flüchtlinge zu beteiligen.
Wir Flüchtlinge sind das schwächste Glied in dieser Gesellschaft. Trotzdem glauben wir, ein Recht darauf zu haben, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden.
In der Zukunft wird die Behandlung von Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland ein Test für diese Gesellschaft sein, ob sie aus ihrer Geschichte gelernt hat oder nicht.

Sofortige Aufnahmegarantie für alle Flüchtlinge, die vor rassistischen Angriffen geflohen sind !
Freie Wahl des Aufenthaltsorts !
Keine Zwangsverteilungen in die ex-DDR !
Keine Abschiebungen !

Wir fordern alle Flüchtlinge und andere Menschen dazu auf, sich unserem Kampf gegen die rassistische Asylpolitik anzuschließen.

Soziale Befreiung und (neue) nationale Eliten: Die Lügen entstehen mit dem falschen "wir"

von Detlef Hartmann

Detlef Hartmann ist Rechtsanwalt in Köln und Autor des Buches "Leben als Sabotage".

Ich erlebe die meisten Diskussionen unter dem Etikett "nationale oder soziale Befreiung" so nervtötend, wie ich mir eine Debatte in der SPD-Grundwertebaracke vorstelle oder meinetwegen auch in Kardinal Ratzingers Büro für grundsätzliche Glaubensfragen. Ihre unerträgliche Leichtigkeit und folgenfreie Beliebigkeit kommt dadurch zustande, daß sie einerseits nicht in einem konkreten Kampfzusammenhang geführt werden, der durchschaubar machen könnte, was die jeweiligen Benutzer mit ihnen beabsichtigen. Zum anderen ist ihre Begrifflichkeit von Volk, Nation, auf einem derart hohen Abstraktionsniveau angesiedelt, daß die Theorie der Befreiung, auf die ihre Bedeutung bezogen wird, gleich mitdiskutiert werden müßte. Sie wird es aber nur selten und das ist in diesen Tagen der Konkurse politischer Selbstverständnisse unerträglicher als es jemals in den letzten Jahrzehnten schien. Ihr sich täglich ändernder Verfallszustand macht es um so nötiger, aus der Geschichte des sozialen Kriegs einige grundsätzliche Erkenntnisse in der sozialrevolutionären Debatte gegenwärtig zu behalten.

1. Der Nationalstaat ist notwendig immer eine Etappe des Fortschritts der Ausbeutungsorganisation und patriarchalischer Unterdrückungsorganisation gewesen und ist dies auch noch.

Wir haben inzwischen gelernt, wie unsinnig es ist, den ökonomischen Wert isoliert von den Mitteln der Wertschöpfung zu betrachten. Es ist nicht in erster Linie die Gewalt des Marktes, es ist vor allem die Gewalt der Fabrik, die mit dem Kommando ihrer technischen und bürokratischen Organisation Arbeitsleistung herauspresst und als zu Waren geronnenen Mehrwert zur Weiterverbesserung des Kommandos einbehält (Akkumulation), je fortschrittlicher organisiert, um so gründlicher.

Es ist nicht der organisatorische Fortschritt in der Fabrik allein, der die Optimierung der Auspressung sichert und vorantreibt, es ist zunehmend der gewaltsame Zugriff auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Verwertung und ihre organisatorische Verbesserung. Markt- und Distributionsordnung, Sozial- und Bevölkerungspolitik, infrastrukturpolitischer Zugriff auf Bewegungsformen des "social capital", die Unterwerfungsformen der unbezahlten Haussklavin sind das Feld organisatorischer Fortschritte im Wertschöpfungszugriff.

Der sogenannte Marxismus, der vielen Befreiungsbewegungen als Legitimationsideologie diente, feierte diesen Unterwerfungsfortschritt als Fortschritt der Vergesellschaftung der Produktivkräfte, die genauer Unterwerfungskräfte genannt werden sollten.

In der historischen Bewegung ist es die nationale Befreiung gewesen, die für die Entfesselung und Befreiung dieser Gewalt aus jeweils ineffektiveren überkommenen Ordnungen gesorgt hat. Sie hat in ihren jeweiligen Etappen den organisatorischen Rahmen, Mittel und Eliten für den normalen Prozeß ihrer Modernisierung und Regulierung herausgebildet. Es war zumeist der Befreiungskrieg selbst, in dem sich ihre neuen Eliten die dem Entwicklungsstand dieser Gewalt entsprechenden Kommandoformen und -apparate schufen; die Kommerzbürger in der französischen Revolution ebenso wie ein neuer Typus des sich in den Befreiungskämpfen um 1848 emanzipierenden Unternehmeringenieurs, in der nächsten Etappe vor allem mit dem ersten Weltkrieg eine neue Schicht technokratisch/bürokratischer Führungseliten. Als staatsmonopolistische, "sozialistische" und "keynesianisch"-planstaatliche Eliten leiteten sie - ob in neu gegründeten oder alten Ländern - den langen Prozeß der Entwicklung des Nationalstaats zur sozialen Fabrik als Zugriffsinstrument gesamtgesellschaftlicher Wertschöpfung ein.

Es ist nicht so, daß darin der Befreiungsprozeß zum Unterwerfungsprozeß pervertiert wurde. Der Krieg selbst war das Medium, in dem sich Ebenen der Modernisierungs- und Unterwerfungsorganisation von den Ebenen des Kriegs von Unten zunehmend schieden und die alten Formen der Unterwerfung zu neuen Formen nationaler Unterwerfung und Inwertsetzung modernisierten. Worum es mir geht: eine revolutionäre Strategiedebatte ist auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, der zu lange gepflegten Perversion ein Ende zu machen, die Entfesselung der Unterwerfungskräfte überhaupt und in ihrer "Befreiung" zum Nationalstaat mit den Kräften der sozialen Befreiung zu verwechseln oder auf denselben Nenner zu bringen. Das heißt auch, die Last der historischen Mythen abzuwerfen, der dieser Operation den Glanz geschichtlicher Notwendigkeit verlieh. Viele Marxisten sind zur Zeit verdächtig schnell bei der Hand, mit der Machtergreifung im Oktober 1917 gleich die russische Revolution zu liquidieren. Aber die ArbeiterbäuerInnen (kleines i) in Petrograd, die den Februarumsturz einleiteten, die BäuerInnen, die im Sommeraufstand die gesamte feudale Struktur so gründlich wegfegten, daß schließlich auch einige zentrale Institutionen in Moskau mühelos von der bolschewistischen Elite besetzt werden konnten, sie hatten nichts mit der zunehmend nationalistischen und fast ausschließlich männlichen Modernisierungsdiktatur zu tun, die versuchte, ihre revolutionäre Bewegung im sogenannten Kriegskommunismus in den Griff zu kriegen und zu zerstören. Sie handelten in Vorstellungen von Gleichheit der Lebens- und Versorgungsbedingungen, nicht tayloristischer Effizienz der Produktivkraftentfesselung, von Kollektivität, nicht diktatorischen Apparaturen, sie haßten die neuen Eliten, die die Arbeit der spätzaristischen Kriegsökonomie fortsetzten und sich zumeist in ihr die technischen Qualifikationen erworben hatten. Wenn sie überhaupt ein Verhältnis zur Nation hatten, dann das des Hasses gegen alles, was Nation praktisch hieß: die Apparaturen einer nachholenden Modernisierung, die den Krieg als Mittel zu ihrer Durchsetzung vor allem gegen sie selbst richtete. Diese Konfliktlinien zwischen sozialrevolutionärem Prozeß und staatsmonopolistischem Diktat nachholender Modernisierung sollten sich in allen Prozessen nationaler Befreiung mehr oder weniger intensiv wiederholen. Was zur Zeit liquidiert wird, ist nicht der Prozeß der sozialen Revolution. Es ist ein Konfliktmodell nachholender Modernisierung, dessen nationaler Rahmen unbrauchbar geworden ist.

2. Dies ist also weder Propaganda noch Diffamierung der nationalen Befreiungsbewegung, es ist schlicht die Aufforderung, genauer hinzusehen. Der Fortschritt in der Vergesellschaftung produktiver Gewalt und Unterwerfung ist etwas anderes als der Prozeß sozialer Befreiung und ihre Inhalte. Die Verpflichtung aus und die geschichtlichen Bezüge auf die Kämpfe der Frauen, BauernarbeiterInnen, BäuerInnen der russischen Revolution etwas

anderes als die Geschichte des Oktober. Der Internationalismus der Verwertung und der Wellen nachholender Modernisierung etwas anderes als der Internationalismus sozialrevolutionärer Bewegungsformen und Inhalte. Die Verwirrungen kommen zustande mit dem gedanklichen Versuch, den Widerspruch zwischen beiden einzuebnen, die Lügen entstehen mit dem falschen "wir", die Anmaßung in der Behauptung gemeinsamer Strategie. Du mußt Dir Deinen Platz immer neu suchen, eine Versöhnung der Gegensätze findet leider nicht statt und schon lange nicht in der Harmonie der Theorie. Anzunehmen, daß der Weg der Befreiung zuende ist, nur weil ein Modernisierungsmodell an seine Grenzen gekommen ist, ist in Anbetracht der gesteigerten Bestialität in der Organisation und Intensität sozialer Unterwerfungs- und Zerstörungsstrategien schlicht lächerlich.

Einige Schlußfolgerungen daraus, die mir wichtig sind: Das Konzept der nationalen Befreiung als revolutionäres Konzept ist nicht etwa deswegen überholt, weil das Kapital heute in weit größerem Maß als früher transnational operiert. Dies ist eine Argumentation, die der oben beschriebenen Orientierung am Verwertungsdiktat entspricht. Immerhin haben auch die Zwänge der alten internationalen Arbeitsteilung (neben militärischen etc.) dazu ausgereicht, linke wie rechte Entwicklungseliten unter dem metropolitanen technologischen Kommando zu halten und wie die kolonialen Kompradorenklassen zu Agenturen des internationalen Wertschöpfungsgefälles zu machen, selbst wenn sie es nicht wollten. Denn die Nützlichkeit nationaler Eliten in einem "eigenen" Nationalstaat bestand immer darin, daß sie das staatliche Instrumentarium sozialer Zurichtung und Unterwerfung am besten und glaubwürdigsten verwalten konnten. Die ganze Wilson'sche Strategie zu Beginn des Nationenfrühlings von 1919 beruhte auf diesem Gedanken, in Mexiko stützte sie sogar die "linken" Kräfte nationaler Befreiung als Auffanglinie gegen die nichtnationalistische Bauernrevolution und den radikalen Syndikalismus. Das Argument riecht daher nur zu oft nach einer neuerlichen Orientierung an den Anforderungen nachholender Modernisierung in einer neuen globalen Ordnung.

Vielmehr können gerade in einer Phase des Deregulierungsdiktats auf der Linie transnationalen Durchgriffs die Mauern nationaler Kompetenzen einen wichtigen taktischen Schutz vor der Vernichtungspolitik bilden, wenn überkommene Formen von Subsistenz und "rückständiger" Marktstrukturen noch intakt sind. Aber das hat mit Revolution unmittelbar wenig zu tun.

Unterhalb der Solidaritätsdebatte auf der oben charakterisierten Nebelebene der Mythen müssen wir nach den praktischen Formen suchen, in denen Frauen und Männer der sozialen und technischen (und das heißt vor allem patriarchalen) Gewalt des Verwertungsdiktats betroffen sind und ihr in der täglichen Auseinandersetzung begegnen. Wenn sie sich zunächst mit Eliten verbünden, die auf die Modernisierung des nationalen Apparats zielen, so wäre Kritik nicht mehr als ein arroganter Gehirnfurz aus der relativen Wärme metropolitaner Geborgenheit. Das macht uns aber nicht notwendig zu Bündnispartnern dieser Eliten. Primär ist die praktische Orientierung an den sozialen Bewegungsformen von unten in ihrer Auseinandersetzung mit dieser Gewalt aus der Perspektive unserer praktischen Konfliktlinien vergleichbarer Auseinandersetzungen. Dies kann in Zeiten des Rückzugs auch Solidarität mit Eliten der nationalen Befreiung sein. Der Maßstab hierfür ist nicht unserer (was sind wir meist denn schon Besseres), aber auch nicht ihrer, er kann nur aus einer genauen Beschäftigung, am besten konkreten und praktischen Beziehung zu den Bewegungsformen von unten gewonnen werden. Dies zu betonen ist heute wichtiger denn je. Denn die neuen Strategien der Deregulierung nationalstaatlich verfaßter Überlebensgarantien, sozialer Zerstörung, Mobilisierung, Vernichtung, low-intensity-warfare, parastaatlicher Militarisierung und Bandenbildung üben meist einen entsprechenden Veränderungsdruck auf die Strukturen von Befreiungsbewegungen aus, auch wenn die Gefahr gesehen wird. Das gilt nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern noch mehr für die Hinwendung zur Kooperation mit NGOs, die systemnotwendig die Aufgaben deregulierter staatlicher Agenturen in neuen transnationalen Konzepten übernehmen.

Aber das alles sind Schwerpunkte einer Strategiedebatte, die in vielen Punkten erst noch geführt werden muß.



"Einheitsfront"
aus: George Grosz: Das Gesicht der herrschenden KLasse, makol Verlag 1992

Autonome Positionen zu Rassismus: Ein Versuch!



Seit dem 12.9.91 (Datum der Besetzung der Anscharkirche in Neumünster durch eine größere Gruppe von Flüchtlingen) kamen wir als Autonome in Schleswig Holstein nicht mehr daran vorbei, daß Thema Flüchtlinge und die Ursachen für die Existenz von Flüchtlingen hier in der BRD in seiner Wichtigkeit wahrzunehmen. In einer unregelmäßig erscheinenden Reihe von Flugblättern wollen wir Positionen zur Diskusion stellen, die entweder direkt aus den Diskusionen um unseren Unterstützungskampf für die Flüchtlinge oder aber aus Vorschlägen von GenossInnen erarbeitet werden. Die Positionen können aber in jedem Falle nur momentan sein, weil sich in der Unterstützung sehr schnell gezeigt hat, daß bei der Flüchtlingspolitik eine zum klassischen autonomen Politikansatz völlig andere Herrangehensweise nötig ist. Im Gegensatz zu anderen politischen Kämpfen ist es von vorneherrein unmöglich, uns als im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehend zu sehen, wie Autonome das oft und gerne tun. Unter anderem deswegen gab es zu Anfang des Unterstützungskampfes für die Flüchtlinge mehr Fragen als Antworten für uns. Zum Teil gilt das immer noch!

Flüchtlingsbewegungen entstehen überall dort, wo daß Leben von einer größeren Anzahl von Menschen durch die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage gefährdet ist. Gründe dieser Flücht- lingsbewegungen können Naturkathas- trophen, Kriege, Terrorregime oder auch die Zerstörung der wirtschaft- lichen Basis ganzer Regionen sein. Im Gegensatz zu Naturkathastrophen, die nicht zu beeinflussen sind, haben alle anderen Fluchtgründe Ursachen, die in der politischen Ordnung der Welt zu suchen sind.

Diese politische Weltordnung zeichnet sich dadurch aus, daß sie über Jahrhunderte hinweg in einem Punkt immer das gleiche Erscheinungsbild hat: Zu jeder Zeit wurden die gesellschaftlichen Reichtümer anderer Kontinente nach Europa transferiert (übertragen). Ob es nun Menschen (Sklaven, Arbeitskräfte, Intelligenz) Rohstoffe, Nahrungsmittel oder abstrakte Waren in Form von Geld waren, sie wandern bis heute immer in eine Richtung.

Die Methode ändert sich ständig, von dem Rauben des Goldes und der Vernichtung der dortigen Bevölkerung (Südamerika) über die Versklavung und Kolonisierung des afrikanischen Kontinents bis zur "modernen" Variante der Zerstörung der Sub- sistenzwirtschaften (hauptsächlich zum eigenen Bedarf produzierende Wirt- schaft) und der Unterwerfung aller Teile der Welt unter die Bedingungen der Weltwirtschaft, die den hochindus- trialisierten Metropolen alle Vorteile zur Profitmaximierung garantiert. Ausbeutung, Plünderung und Ver- nichtung des Trikont und seiner Bevölkerung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte seit dem die Weltmeere keine Hindernisse mehr darstellen. Diese jahrhundertelange Geschichte der "Zivilisation" Europas erklärt sehr genau, warum Europa ein so "reicher" und die drei Kontinente so "arme" Kontinente sind.

Weil diese Art der Geschichts- schreibung der europäischen Macht- haber, aber auch der europäischen Bevölkerung jegliches Recht und jegliche Legitimation entziehen würde, den Reichtum hier auch weiterhin zu beanspruchen, mußte eine Ideologie her, die die Plünderung verschleiert und eine sozusagen natürliche Begründung für die

herrschende menschenmordende Weltordnung schafft. Hier liegt der Ursprung des Rassismus als imperialistische Ideologie zur Herrschaftsabsicherung.
In der geschichtlichen Zeit vor der rassistischen Instrumentalisierung der Tatsache, daß die Menschheit unter verschiedenen Umweltbedingungen auch verschiedene Hautfarben und Kulturen entwickelt hat, mußte die nicht greifbare Institution Gott dafür herhalten, alle Ungerechtigkeiten der feudalen Gesellschaftsordnung zu legitimieren. Raubzüge und Massaker z.B. in Südamerika wurden damit begründet, daß die einheimische Bevölkerung nicht dem richtigen Gott huldigt, also mußten sie nach Meinung der Missionare ihren glauben ändern oder sterben, damit wenigstens ihre Seele gerettet wird. Daß hinter diesen billigen Erklärungen ganz profane materielle Interessen standen, wollen heute nur noch der Pabst und ein paar Millionen andere gottgefällige Christen nicht wahrhaben.

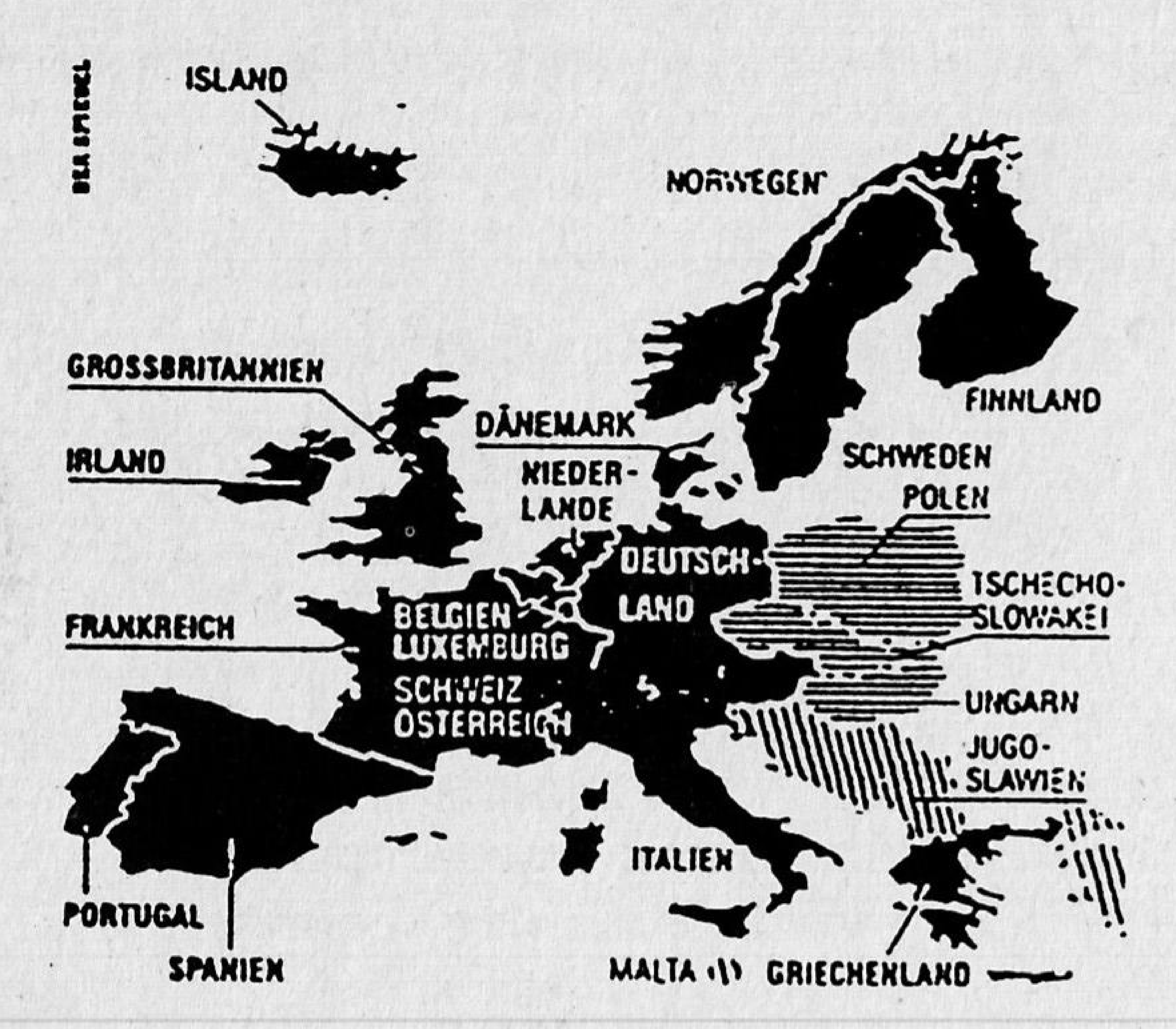


In ähnlicher Weise werden beim Rassismus Bevölkerungen ganzer Kontinente für minderwertig erklärt. In der ersten Zeit, wo rassistische Erklärungsmuster für die Überlegenheit der weißen "Rasse" herhalten mußten, lag der Hauptschwerpunkt auf der biologischen Überlegenheit. Den historischen Höhepunkt des bio- logistischen Rassismus stellt der Nationalsozialismus in Deutschland dar. Heute wird die Überlegenheit der Weißen mit ihrer hochentwickelten europäischen Kultur begründet, welche sich als Demokratie, freie Marktwirtschaft und individuelle Menschenrechte (oberstes Menschen- recht ist das auf Privateigentum) verkauft. An anderen Gesellschafts- modellen wird kein gutes Haar gelassen und es wird auch geflissentlich verschwiegen, daß das Modell der bürgerlichen Demokratie nur auf der Grundlage des in den Metropolen angehäuften gesellschaft- lichen Reichtum funktionieren kann. Hierzu eine noch nicht ganz ausgegorene These: Die Menschen des Trikont werden niemals für längere Zeiträume in den "Genuß" des westlichen Demokratiemodells kommen, allein schon aus dem Grund, daß es keine Region auf der Welt mehr gibt, die so ausgepresst werden kann, daß ein ähnlicher Reichtum wie in Europa entsteht !? Mal ganz abgesehen davon, daß es tatsächlich Millionen Menschen gibt, die das gar nicht wollen.
Dieser ideologische Überbau imperialistischer Weltherrschaft ist in der Bevölkerung der Metropolenstaaten mehrheitlich fest verankert. Auch wenn die treibenden Kräfte der Ausplünderung und der Vernichtung im Trikont nach wie vor die multinationalen Konzerne mitsamt ihren politischen und militärischen VermittlerInnen (Politiker- Innen, DiplomatInnen, Geheim- dienstlerInnen, Armeen) sind, ist die Bevölkerung der Metropolen praktisch ein Bündnis mit ihnen eingegangen. Es gibt für die weißen BewohnerInnen hier eine ganze Menge an Reichtum und Sicherheit gegenüber den anklagenden Verhältnissen des Trikont zu verteidigen.

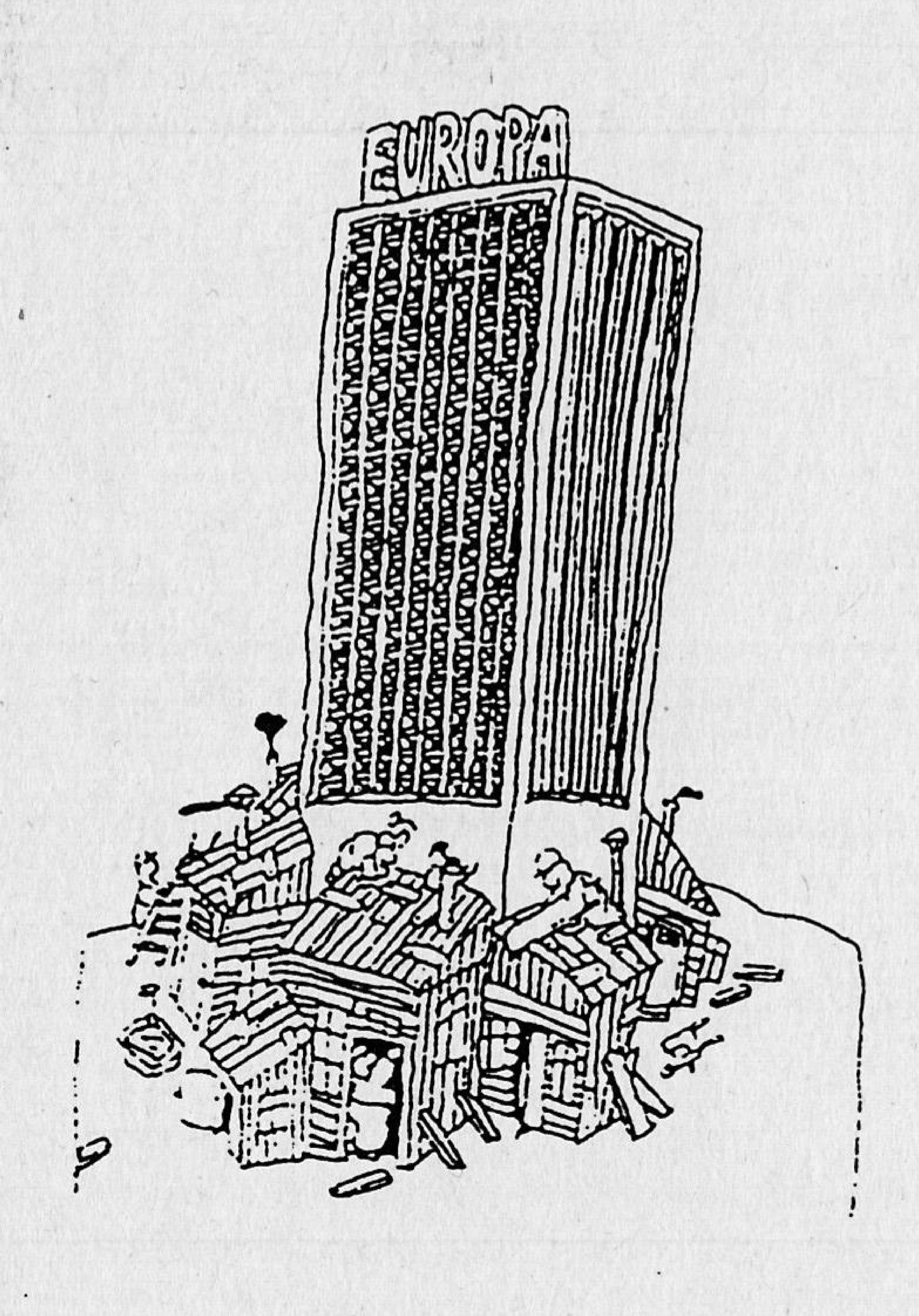
> Ein deutscher Arbeiter weiß, daß er sich für das Geld, das zum Beispiel ein schwarzer Minenarbeiter in Südafrika bekommt, nicht kaputt- arbeiten will und er ahnt auch, daß er einen so hohen Lohn bekommt, weil andere weniger kriegen. Deswegen besteht er darauf, ein deutscher Arbeiter zu sein, um damit seinen Anspruch auf entsprechenden Lohn anzumelden. Er besteht auch drauf, daß nichtdeutsche Arbeiter nur in der Anzahl herkommen, wie es vom Kapital zugelassene freie Arbeitsplätze gibt, weil er ja weiß, daß nichtdeutsche Arbeiter für weniger Lohn arbeiten, da sie ein höheres Maß an Ausbeutung gewöhnt sind. Nur die bewußte nicht- nationalistische und nichtrassistische Entscheidung, gleiche materielle Versorgung für gleiche geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit kann dieses Verhältnis aufheben.

Selbst Menschen, die vom Sozialamt abhängig sind, haben Privilegien zu verteidigen, die sie durch die Bilder von verhungernden Menschenmassen, der Slums und der durch Kriege verstümmelten Menschen ständig vor Augen geführt bekommen.
Der gesellschaftliche Blickwinkel eines/r durchschnittlichen Metropolen- bürgers/in dürfte darin bestehen, sich für die Zukunft die Zugehörigkeit zu den Reichen zu wünschen und darauf zu achten, daß Menschen, denen es noch dreckiger geht,

seinen/ihren gesellschaftlichen Status nicht gefährden.
Das ist der Mist, auf dem rassistische Gedanken wachsen und auf dem auch imperialistische Strategien ausgebrütet werden. Denn eins ist klar: Ohne den Rückhalt der Metropolenbevölkerung läßt sich die Ausplünderung des "Restes der Welt" nicht machen! Bis heute hat dieses Modell der Trennung der Welt in ausgebeutete Regionen und ausbeu- tende Regionen ganz gut funktioniert, aber: Die Zeiten ändern sich!



Dadurch, daß die Subsistenz- wirtschaften des Trikont den Bedingungen des Weltmarktes unterworfen worden sind, d.h. einem den Trikont benachteiligenden Ware -Geld- Verhältnis, findet dort ein Prozess der rücksichtslosen Technisierung statt. Diese Art Technisierung der Produktion aber entzieht Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage. Aus der Existenz-



bedrohung vieler Menschen entsteht ein sozialer Sprengstoff, den wir in Europa hauptsächlich als Krieg zwischen Befreiungsbewegung und Diktatur wahrnehmen. Den Befreiungs- bewegungen ist es bis heute nicht gelungen, grundlegende gesell- schaftliche Veränderungen durchzu- setzen, weil die Metropolenlinke nicht in der Lage ist, die Imperialisten davon abzuhalten, die Herr- schercliquen des Trikont zu stützen. Außerdem stehen die Befreiungs- bewegungen im Falle eines politisch militärischen Sieges vor der fast unüberwindlichen Aufgabe, eine zerstörte und extrem vom Weltmarkt abhängige Wirtschaft zu regenerieren. Aufgrund dieser Probleme entstehen zunehmend größere Flüchtlings- bewegungen. Diese Flüchtlinge bewegen sich tendenziel in eine Region, von der sie glauben, daß sie in der Lage ist, ihre materielle Existenz zu sichern. Das sind im Endeffekt die Metropolen. Zur Versinnbildlichung noch ein zuge- geben recht statisches Modell: Es gibt nur einen

bestimmten Weltbedarf an Waren. Diese werden durch eine sich ständig technisierende Produktion erzeugt. Technisierung im Kapitalismus aber bedeutet gleichzeitig Weg- rationalisierung von Arbeitsplätzen. So entstehen zuerst in



den Wirtschaftsrandgebieten im Sinne des Kapitalismus überflüssige Regionen, aus denen die Menschen weggehen, nicht weil sie dort weg wollen, daß ist bei keiner Flüchtlingsgruppe so, sondern weil sie dort nicht mehr existieren können b.z.w. keine Perspektive mehr sehen. Bei verschärften Verelendungstendenzen werden sich die Gebiete, "wo nichts mehr zu holen ist", immer enger um die Metropolen herrum verlagern. Daraus ergibt sich, daß viele der Flüchtlingsbewegungen, die sich heute noch innerhalb des Trikont bewegen, verstärkt in die Metropolen selber kommen.

Entwicklung wird die Zahl der zum Beispiel nach Europa kommenden Flüchtlinge ständig ansteigen.
Das ist die Situation. Unter anderem diese Entwicklung wird von den herrschenden Kräften in Europa als bedrohlich für die innere Sicherheit und damit für die zur Zeit ungefährdeten Produktionsbedingungen analysiert. Hier zeigt sich offensichtlich die Widersprüchlichkeit imperialistischer Politik. Eine selbst- produzierte Entwicklung wird auf Dauer zur Bedrohung der bisherigen Grundlagen ihrer Herrschaft.
Als Gegenmaßnahmen zur Ab- sicherung bleiben den Metropolen nur repressive Methoden. Die Abschottung des europäischen Kontinents vor den von der imperialistischen Welt- marktpolitik Enteigneten wird zur Zeit gerade auf einer Reihe von Treffen auf europäischer Ebene ausgeheckt.



Praktische Folgen sind unter anderem die fast vollständige Entrechtung der hier ankommenden Flüchtlinge, mit denen dann als Manövriermasse je nach Bedarf umgesprungen werden kann. Das neue AusländerInnengesetz ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Als administrative Maß- nahmen sind gerade die Abschaffung des Asylrechtes und die Verschärfung des strukurellen Terrors (Permanente Lagerunterbringung, zudrehen des Geldhahns) gegen die Flüchtlinge in Arbeit. Perspektivisch können wir uns auf Situationen einrichten, daß es an den Grenzen zu brutalen Abwehrkämpfen durch Grenzschutztruppen kommt (siehe Italien) und zwar gegen Flüchtlinge, die sich ihr Recht auf Existenz dort, wo der Reichtum



der Welt geballt gesammelt ist, auch illegal nehmen wollen.
Die Frage ist natürlich, was haben wir mit der ganzen Geschichte zu tun?
Wir erleben im Moment gerade, daß Flüchtlinge in die BRD kommen, die sich erstens den administrativen Maßnahmen gegen sie offen wider- setzen und zweitens Forderungen nach Bleiberecht formulieren.
Wenn wir aufgrund unseres Status als europäische Metropolenmenschen nicht Subjekt dieser Auseinandersetzung sein können, so ist unsere Aufgabe die Unterstützung aller Flüchtlinge, die durch ihren Kampf die Reichtums- verteilung der Welt in Frage stellen, indem sie ihn auch für sich als Trikontbevölkerung beanspruchen. Unabhängig vom Kampf der Flüchtlinge hier kann eine unserer Aufgaben sein, so viel wie nur irgend möglich dazu beizutragen, daß die Projekte der Herrschenden nicht greifen und Teile der Metropolenbevölkerung ihre Perspek- tive für die Zukunft nicht mehr in der bedingungslosen Verteidigung des eigenen (geraubten) Reichtums, sondern im Aufbau einer weltweiten solidarischen Bewegung sehen (wobei an diesem Punkt natürlich die Frage im Raum steht, ob es aufgrund der absolut unterschiedlichen Ausgangs- positionen von uns Metropolen- menschen und den Menschen aus dem Trikont überhaupt möglich ist, eine tatsächlich als ganzes solidarische Bewegung zu schaffen).

Autonome UnterstützerInnen aus Schleswig Holstein

Ps: Aller Anfang ist schwer. Dieses Flugblatt bezieht sich nur auf einige Aspekte und vernachlässigt vieles, was noch im Bezug zur Flüchtlingspolitik gesagt werden muß. Wie oben schon angekünigt wollen wir auf andere Fragen und Ansätze in ähnlicher Ausführlichkeit später eingehen. Für jede solidarische Kritk sind wir äusserst dankbar.



Die Autonomen und das Proletariat
oder: Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt

Den vorläufigen Endpunkt der autonomen Diskussion um Hoyerswerda und die antifaschistische Demo, die dort Ende September stattfand, bildet gerade ein Artikel aus der Wildcat Nr. 57, von der Interim Redaktion als "interessanten Versuch einer Gesamteinschätzung der Situation" angekündigt (Interim 171).
Wir greifen diese Stellungnahme kritisch auf, weil wir finden, daß zum einen dort im Ansatz eine grundsätzliche Position gegenüber dem "Ost-Proletariat" und dem Rassismus in der ex-DDR entwickelt wird; zum anderen ein guter Teil der Autonomen diese Position teilen dürfte.
Aufgestoßen ist uns zuerst einmal eine völlig unangemessene Verharmlosung der reassistischen Pogrome, die in Hoyerswerda stattgefunden haben. Diese wurden, laut Wildcat, begangen von einigen Nazis und "besoffenen Kegelbrüdern", sowie "hunderten von rechten Stammtischbrüdern", aufgehetzt durch die wahlkampfstrategisch geschickt inszenierte, in den Medien wochenlang hochgeputschte Asylrechtsdebatte.
Die Pogrome nicht mehr nur verharmlosend sondern geradezu rechtfertigend wirkt auf uns die mitfühlende Anteilnahme, die die Wildcat an den "realen Problemen zwischen 'Ausländern' und 'Hoyerswerdaern'" beweist. Als ein Beispiel für real-existierende Konflikte zwischen AusländerInnen und Deutschen bzw. Schwarzen und Weißen müssen dann einige Afrikaner herhalten, die in einer Kreuzberger Szenekneipe Frauen angemacht haben, was zu einer Schlägerei zwischen weißen Deutschen und diesen Afrikanern geführt haben soll. Wir können dieses Beispiel nur so verstehen, daß hier der Sexismus schwarzer Männer benutzt wird, um als ein "reales Problem zwischen 'Ausländern' und 'Hoyerswerdaern'" die Ereignisse in Hoyerswerda verständnisvol zu entschuldigen. Solche Realitätsverzerrungen finden wir völlig unakzeptabel vor dem Hintergrund, daß Frauen hier in dieser Gesellschaft tagtäglich von weißen Männern bis in tiefste Szenekreise hinein sexistisch und sexuell belästigt und bedroht werden. Der Sexismus schwarzer Männer kann von daher wohl kaum besondere Probleme zwischen AusländerInnen und Hoyerswerdaern begründen.
Bezeichnenderweise konkretisiert die Wildcat darüberhinaus keinen einzigen der von ihnen angenommenen Konflikte (These 4). Der Hinweis auf den Sexismus jener afrikanischer Männer bleibt der einzige Anhaltspunkt, und läßt, so benutzt für die eigene Argumentation, eher Schlüsse auf den rassistisch und sexistisch getrübten Blick der Wildcat-AutorInnen zu.
Die eigentlichen Ursachen für den Ausländerhaß werden total lapidar an einer "breiten Angst vor der Zukunft (ökologisch, mit dem Krieg, mit Massenarbeitslosigkeit oder wie auch immer begründet)" (These 3) festgemacht. Die Wildcat-AutorInnen geben sich keine weitere Mühe, zu ergründen, warum denn diese Ängste wohl zwangsläufig in Ausländerhaß umschlagen müssen.
Das sind für uns die augenfälligsten Beispiele für eine Sichtweise, die den roten Faden des Artikels bildet und die sich wie folgt zusammenfassen läßt:
Die ArbeiterInnen der ehemaligen DDR bilden ein kämpfendes, revolutionäres Potential (dafür werden mehrere Beispiele angeführt), das es zu agitieren gilt; rassistische Ausschreitungen gehen auf das Konto einiger Nazischlägerbanden. Deren Einfluß wurde schon fast zur Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt, denn die Schußverletzung eines Antifa aus Königs Wusterhausen wird zur "Verzweifelungstat" ververharmlost, sie stellt somit keinen ernstzunehmenden Angriff mehr da.
Und dann sind da noch die "besoffenen Kegel- und Stammtischbrüder", die aufgehetzt durch die massenmediale Propaganda, die Kulisse bildeten für die rassistischen Angriffe auf die Flüchtlingsheime in Hoyerswerda und anderswo.
Wir denken, daß der Anspruch der Wildcat, sich als Linke "um die 'proletarische Welt' (zu kümmern)" zu einer derart entschuldigenden Sichtweise führt, die den Blick auf die rassistischen Strukturen weiter Teile der Bevölkerung der BRD und insbesondere der ex-DDR verstellt. Ein rein ökonomistischer Denkansatz (bzw. die Wunschvorstellung) läßt die ArbeiterInnen als RevolutionärInnen erscheinen, allein durch ihre Stellung im Produktionsprozeß. Unter diesen Vorzeichen avancieren die Proteste gegen Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und gegen die Treuhand zu Kämpfen mit revolutionärer, gesellschaftlicher Sprengkraft.
Darüberhinaus wird den "Ossis ... verdammte Menschlichkeit" bescheinigt, wer das nicht sieht, "(schleppt) einen Panzer von Vorurteilen mit sich (rum)", der Rassismus genannt wird. Solch idealistisch verzerrter Brei (wir finden die "Ossis" nicht menschlicher als die "Wessis") muß nun herhalten, um die rassistische und sexistische Realität im Osten aus dem Bewußtsein zu verdrängen. Die tief in der proletarischen Bevölkerung verankerten autoritären, rassistischen und sexistischen Strukturen, die die verbreiteten und offenen Angriffe gegen und Vertreibungen von AusländerInnen (nicht nur) in der ex-DDR ermöglichen, drohen die Illusion auf das ausgemachte, sich erhebende, revolutionäre Subjekt zu trüben - also müssen sie zum Problem einiger saufender "Stammtischbrüder" verniedlicht oder anderweitig verdrängt werden!
Grundsätzlich finden wir es auch gut , wenn ArbeiterInnen in Betriebskämpfen und auf Kundgebungen mehr für sich (höhere Löhne etc.) fordern. Wir kritisieren lediglich den hoffnungsvoll verklärten Blick, den Teile der Autonomen auf diese Proteste werfen.

Diese Wahrnehmung der Verhältnisse schlägt logischerweise auch nieder in der Einschätzung der Hoyerswerdaer Bevölkerung:
Während die antifaschistische Demo vom 29.9. vom BGS in ihrer Durchführung behindert wurde, haben die Wildcatler angeblich bei einem "Spaziergang durch die Neustadt (...) fast durchweg Leute getroffen, die entsetzt waren über die Angriffe auf die Ausländer". Diese Behauptung soll wohl den Eindruck erwecken, die Nazis und der faschistische Mob wären nur eine Minderheit in Hoyerswerda! Wir selber haben mit einigen Hoyerswerdaern gesprochen, die sich zwar einerseits von den angriffen auf die Heime distanzierten, andererseits fanden, daß die AusländerInnen nun aber doch nicht so richtig hierher passten und besser verschwinden sollten. Nicht jede/r RassistIn ist also auch gleich ein/e gewaltgeile/r Nazi!
Der verständnisvollen Anteilnahme an dem ostdeutschen, weißen Proletariat steht bemerkenswerte Ignoranz ausländisch aussehenden Menschen im Osten gegenüber. Ausgerechnet mit dem Hinweis auf Döner Kebab, der jetzt im Umkreis von 50 km um Berlin seine Verbreitung gefunden haben soll, werden türkische Familien angeführt, die das Umland "erobert" hätten (These8). Diese Annahme ignoriert vollständig die (Lebens-) Gefahren, denen ausländisch aussehende Menschen im Feindesland ex-DDR ausgesetzt sind. Es erübrigt sich der Hinweis, daß die türkische Familie die "Eroberung des Umlandes" besser nur in großen Gruppen unternehmen sollte.
Schließlich und endlich haben wir uns sehr geärgert über die tendenziöse Bezugnahme auf die antifaschistische Demo vom 29.9., zu der die Wildcat, laut Einleitung, doch gar nicht Stellung beziehen wollte. Einseitig machen die AutorInnen Front gegen die "Schwarzvermummten mit Haßkappe" (allein diese Formulierung läßt schon tief blicken), die den "vielen Leuten", die sie vom "Überrennen der Bullenkette ... abbringen wollten" mit "Faustschlägen und Knüppelhieben auf den Kopf" antworteten. Hier schließen sich die Wildcatler den Autonomen an, die sich nach der Demo schnell bereit zeigten, zwischen sich und manchen, besonders ausländischen, Gruppierungen und Gangs "einen klaren Trennungsstrich zu ziehen". Sehr schnell wurde entschieden, was sich längst schon abzeichnete, nämlich daß viele Autonome mit einigen ausländischen, auf der Straße agierenden (Jugend-) Gruppen nix (mehr?) zu tun haben wollten. Undifferenziert wurden diese als "Betonköpfe", "hirnlose Macker" und "breitbeinige Cowboys" beschimpft, ungeachtet des Frauenanteils in diesen Gruppierungen. Je lauter das Geschrei, um so weniger brauchten sich Autonome mit dem Konflikt, der in Hoyerswerda aufbrach, tatsächlich auseinandersetzen. Das Gezeter konnte die eigene Distanz und Unfähigkeit zu militanten Auseinandersetzungen überdecken, sowie den Ärger darüber, daß andere Gruppierungen den Autonomen die Initiative auf der Straße aus der Hand nehmen. Und weil die Kluft zwischen ausländischen organisierten Antifas und Jugendbanden und den Autonomen ja eigentlich dem Anspruch nach gar nicht ins Weltbild der Autonomen paßt, werden diese kurzerhand unter Rim/Rk subsumiert, an denen es zweifelsohne massive, berechtigte Kritik gibt, die jedoch nur einen winzigen Anteil an dem eigentlichen Konflikt haben. Neuerdings ist jedoch alles, womit Autonome Schwierigkeiten haben, von der Rim inszeniert. So wurde die Nichtanwesenheit weißer Autonomer auf der Antifa-Demo am 2.11. am Kottbusser Tor, (die die Bullen sofort angegriffen haben), innerhalb der Szene mit dem Argument entschuldigt, daß das ja eh 'ne Rim-Veranstaltung wäre, obwohl aus dem Aufruf dazu eindeutig hervorging, wer diese Demo organisierte. In Hoyerswerda war es angeblich die Rim, die Steine vor der ersten Bullenabsperrung ausgebuddelt hat, obwohl die Rim zu diesem Zeitpunkt ziemlich weit hinten ganz deutlich mit ihren ganzen Fahnen und ihrem Klimbim zu erkennen war. Jede/r, die/der es hätte wissen wollen, hätte das überprüfen können. Wenn es also um Gründe für 'ne Distanzierung geht, ist manchen wirklich nichts zu blöd.

Drängt sich uns also abschließend die Frage auf, welche praktische Ausrichtung autonome Politik wohl in Zukunft haben wird, auf welche Widersprüche, Proteste und Kämpfe sie sich mit welchen Hoffnungen bezieht, bzw. wo vorhandene Widersprüche und Brüche verlaufen, die es zu verschärfen gilt. Wir wünschen uns 'ne angeregte Auseinandersetzung.

einige Antifaschistinnen aus Berlin (W) ♀♀♀



"MACKER HINSETZEN" !!!

Stellungnahme zur Stellungnahme der Interim-Männer....

Erfreut, daß die Interim-Männer eine eigene Stellungnahme brachten, lasen wir den Text und fanden nichts, als das übliche Männer - Gerede, wenn es in gemischten Zusammenhängen knallt. Ihr fahrt die beliebte Nix-kapier+Büßer--Schiene.

Ihr unterstellt am Anfang des Textes, Ihr würdet von einer antipatriarchalen Analyse "antipatriarchaftsverhältnisses" des Herrschaftsverhältnisses" ausgehen. Im Text ist davon nicht viel zu merken..außer der These, daß Patriachat irgentwie mit Männersozialisation zusammenhängt.

Abgesehen von ein wenig Kritik an Eurem eigenen Mackerverhalten bezieht Ihr weder zum Patriarchat noch zur Analyse der Interimfrauen Stellung. Wenn überhaupt, dann scheint Eure "antipatriarchale Analyse des Herrschaftsverhältnisses" nur eine Kopfgeburt aus zusammengestückelten Antipat.-Texten zu sein. Sicher ist es schwer, das Verhalten der Analyse entsprechend umzusetzen, aber Eure "Analyse" macht es einem aber auch fast unmöglich, wenn Ihr schreibt, "der antipatriarchale Ansatz kann sich nur gegen uns selbst richten". Damit bennent Ihr den patriarchalen Mann als seine böse Natur, der nur im Kampf gegen sich selbst das ihm im grunde Gute durchsetzt. Wir gehen aber davon aus, daß ein Ausbruch aus der Männerrolle eine Befreiung sein kann.., und daher ist es ein Kampf für sich selbst und nicht gegen sich selbst. Oder könntet Ihr Euch nicht vorstellen, wie schön es wäre, wenn Man nicht mehr dauernd den harten, coolen Macher mimen muß, sondern seine Gefühle wieder zuzulassen und sich dabei besser verstehen zu lernen und vielleicht auch seine "weibliche Seiten" zu entdecken.

Gerade in der autonomen Szene ist eines der Hauptprobleme das oberflächliche Umgehen miteinander. Da ändert auch keine Strukturdiskussion was dran (Gruß an Heinz Schenk!). Speziell wir Männer ,die in gemischten Zusammenhängen mit Patriarchatskritiken seitens der Frauen belegt werden, haben große Schwierigkeiten, damit umzugehen. Selten ist der Anspruch da, sich unter Männern langfristig damit auseinanderzusetzen und auch eigene Standpunkte zu vertreten. Kritiken werden oft nur als Dogmen übernommen, unreflektiert und kritiklos angenommen. Die Konsequenz daraus ist, Angst zu haben, für sich selber aus der Rolle des "Antisexisten" (wie Man sich gerne selber sieht) zu fallen bzw. ins Fettnäpchen zu tappen. Eigene Widersprüche werden unterdrückt und gefressen.

Ihr entschuldigt Euch mit der "Allmacht " der Sozialisation, wenn Ihr die Erziehung für die einzige Möglichkeit zur Veränderung des Patriarchats haltet. Denn dann können positive Veränderungen erst in der nächsten Generation erwartet werden. außer vielleicht alle paar Wochen in der Männergruppe beichten und büßen ,um den Rest der Zeit mit Geheule und Gejammere unsere Hilflosigkeit gegenüber uns selbst und Frauenvorwürfen zu verdecken, oder sie durch leere aber ganz nette und in wissenschaftliche Phrasen abzuwehren.

BILDET MÄNNERGRUPPEN !!!

Tja, es gibt wohl nicht sehr viele Auswege aus "Eurem" Schlamassel". Eine Möglichkeit ist, daß Ihr Euch als Männergruppe organisiert. Ihr werdet feststellen, daß Ihr unter Männern lernt, anders mit Euch umzugehen, könnt die Fesseln der Männlichkeit leichter ablegen, müßt Eure organisatorischen, sozialen und sonstigen Tätigkeiten "alleine" hinkriegen, könnt Euch gegenseitig solidarischer kritisieren, könnt auch eine Menge gegenseitiger Reproduktionsarbeit leisten, und nur dadurch ist es möglich, mit Frauen gleichberechtigter zu leben.

Also konkret die Produktion der Zeitung abwechselnd von Frauen und Männern machen zu lassen. Es sind in letzter Zeit wohl genug gemischte Zusammenhänge an der Männerfrage zerbrochen. Laßt uns das Thema Patriarchat aus seinem männlichen intellektuellen Schattendasein holen, und es auch in der Praxis als "Hauptwiderspruch" bekämpfen...

Und zum Schluß noch ein gespieler Witz...:

Die Buße besteht in einer anderen, ebenfalls männlich dominierten Organisation, die ebenfalls über teilweise höchst konspirative Strukturen verfügt, aus vier Teilen : Reue, Beichte, Lossprechung und Genugtuung.

Nun, nachdem Ihr die ersten beiden Teile so erfolgreich absolviert habt, wollen wir Euch die Lossprechung erteilen (als Genugtuung empfehlen wir Euch, Gerd Rosenkranz mehrmals durchzukneten).Amen.

Hubert Kah

und die Extrabreiten

Stellungnahme zum Konzeptpapier eines Teils der INTERIMs in der Interim Nr.172

" und alle Berühmtheit, alle Gescheitheit, alle Errungenschaften des Geistes, alle Anläufe in Erhabenheit, Größe und Dauer im Menschlichen fielen zusammen und wurden zum Affenspiel."

(Hermann Hesse, Der Steppenwolf)

Im Sinne eures eigenen Kriteriums, Texte,"die einen inhaltlichen Rückschritt bedeuten" im Ordner abzuheften, hättet ihr euer Konzeptpapier getrost auch abheften können, denn da stand vor allem im Teil, der von den "drei wesentlichen Unterdrückungsverhältnissen" handelt, nichts Neues drin. Im Gegenteil habt ihr völlig oberflächliche autonome Klischees reproduziert. Ich finde es nicht nur langweilig und überflüssig, zu hören, daß sich ein Teil der Interims für politisch auf der richtigen Linie hält. Ich finde auch ein paar eurer Standpunkte total daneben.
Was die Grundhaltung zur Zeitung angeht, sehe ich das Projekt in der Tat als **Dienstleistung** von der Szene für die Szene. Eine Auswahl von Texten muß getroffen werden, aber wenn ihr schreibt, in der Auswahl der Texte kam was-auch-immer "zu kurz",dann scheint ihr doch zu meinen, eine politische Linie vorgeben zu müssen. Das wird außerdem durch den großen inhaltlichen Teil eures Konzepts deutlich. Gegen ein solches Verständnis der Zeitung wende ich mich. Ich will die Interim als Spiegel dessen, was in der Szene diskutiert wird. Da könnt ihr - wie alle anderen auch - eure Standpunkte einbringen und Artikel schreiben. Ihr könnt auch im Vorwort auffordern, zu aktuellen Vorkommnissen etwas zu schreiben (tut ihr ja auch zuweilen). Aber Schwerpunkte setzen wir alle zusammen und nicht ihr allein. Entsprechend würde ich eine Kritik, daß zuwenig in irgendeiner Hinsicht passiert oder diskutiert wird, nie an die Interim-Produzierenden richten, sonderm an all alle. Das ist meine Vorstellung von einer basisdemokratisch strukturierten Zeitung. Sich Sicher ist das für die Redigierenden/Prodzuierenden eine Form von Zeitung, wo viel Arbeit mit weniger Einflußmöglichkeiten als bei anderen Zeitungsformen verbunden ist, auch vielleicht mit weniger Lorbeeren, da ihr weder inhaltlich noch als produzierende Personen in Erscheinung tretet. Aber politisch halte ich ein solches Verständnis von der Zeitung für richtig.
Mich wundert allerdings, daß ihr in eurem Konzept eine andere Auffassung vertretet, denn praktisch habt ihr i.d.R. keine repressive oder zensierende Auswahl von Texten getroffen, sondern euch zurückgehalten. Ihr habt gute und wichtige Arbeit geleistet, und zwar viel Arbeit.- Das muß auch mal gesagt werden, und das müssen auch alle anerkennen.



Trotzdem darf euer Papier nicht unwidersprochen bleiben.



Im theoretischen Teil eures Papiers stört mich vor allem, daß ihr die"drei wesentlichen Unterdrückungsverhältnisse"wie Etiketten verwendet, die jeweils verschiedenen "Kämpfen" angeheftet werden können. Die Realität wird, wie ihr selber sagt, "subsumiert"(S.13) unter Begriffe. Für manche Realitätsteile müßten noch Extra-Schubladen gebaut werden (Homosexualität, Gesundheitszwang, Kinderunterdrückung). In der Realität können Unterdrükkungsverhältnisse aber nicht Schublade für Schublade bekämpft werden.
Hinter der schematischen und zerstückelten Sicht der Realität in eurem Konzept steht eine absolute Unklarheit, was für eine Politik ihr eigentlich selber wollt. Was setzt ihr den

für euch nebeneinanderstehenden Antagonismen entgegen an politischer Utopie? Ohne einen klaren Standpunkt ist es kein Wunder, wenn JobberInnen in eurem Papier mal als KlassenkämpferInnen auftauchen, die ihr unterstützen wollt, und dann wieder als rassistische KollegInnen türkischer u.a. Lohnarbeitender. Ihr macht es euch ein bißchen einfach, wenn ihr in euren Schlußbemerkungen sagt, "alle drei ... Bereiche (stehen) eigenständig zueinander und es kann erstmal kein gemeinsamer Kampf vorausgesetzt werden", weshalb ihr dann befürwortet "aktiv solidarisch" die Kämpfe in den verschiedenen Bereichen zu unterstützen.

Was mir mit am meisten gestunken hat in eurm Papier, war, daß durch eure Typisierung der "Kämpfenden" deren Subjektivität völlig negiert wird. Am Krassesten wird das deutlich in der Formulierung S.10:"Die Flucht selbst also ist schon ihr (der MigrantInnen) erster Angriff auf die imperialistische Gewalt." Das ist die Perspektive der imperialistischen Gewalt, möglicherweise, oder auch ein Auswuchs der Allmachtsphantasien autonomer StrategInnen. Aber das ist sicher nicht die Sicht oder auch das Anliegen der meisten MigrantInnen. Und es ist maßlos arrogant, eine Solidarität mit ihnen auf der **Funktion** ihrer Migration für den antiimperialstischen Kampf zu begründen. Dazu möchte ich E.Huidobro zitieren (Clash nr.4/Nov.´91, S.16):"Wenn ich aber als ein Führer der Tupamaros in einen der armen Stadtteile gehe und dort mit dem revolutionären Subjekt spreche, dann hat dieses Subjekt wahrscheinlich keine Zähne, dann hat es an diesem Tag nichts gegessen, dann gehen seine Kinder nicht zur Schule, dann weiß er nicht, wo er Hilfe finden kann,wenn er krank ist, dann hat er wahrscheinlich keine Wohnung mehr und weiß nicht, wo er leben soll - wenn ich mit einem solchen Genossen über dieses Thema sprechen würde, dann wäre das, als wenn ich ihn nicht mit genügend Achtung behandeln würde." Was heißt es für euer politisches Handeln, wenn jemand, der hierher geflüchtet ist, sich nur für das blosse Überleben interessiert ?

Wutz

KINOKULTUR STATT KAUFKOMMERZ !!!

Kein REWE-Supermarkt in der Brunnenstr.6/7 !!

In jüngster Zeit hatte sich die Kulturinitiative "Alexandrapalast" neben anderen für die Räume in der Brunnenstr. 6/7 beworben, um hier ein unabhängiges Kino- und Kulturprojekt aufzubauen. Damit griffen sie eine alte Tradition auf:

Bis in die 50'er Jahre befand sich hier das Kino "Alexanderpalast", dessen Wiederherstellung schon zu DDR-Zeiten von Bürgerinitiativen gefordert wurde. Und in der Tat gibt es sogar einen Beschluß (Nr.75/90) der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte "zur Erfüllung und Umsetzung des Einigungsvertrages", der den Erhalt der kulturellen Substanz auch für diesen Raum vorsieht.

Doch es kam alles ganz anders: Ab 1.12.91 ist er an einen Supermarkt vermietet. Dieser ist an die REWE-Kette angeschlossen, deren meiste Läden in Westdeutschland nicht durch billige Preise auffallen. Fünf DM/qm mehr Miete als gefordert ließen die Gewerbekommission bei der Vergabe den BVV-Beschluß und andere Schwierigkeiten vergessen. Das Kinoprojekt wurde ausgebootet. Wenn nichts weiter geschieht, wird schon Anfang Februar ein Supermarkt eröffnet, bei dem doch sehr die Frage ist, inwieweit er hierher paßt.

Wir wehren uns dagegen, weil

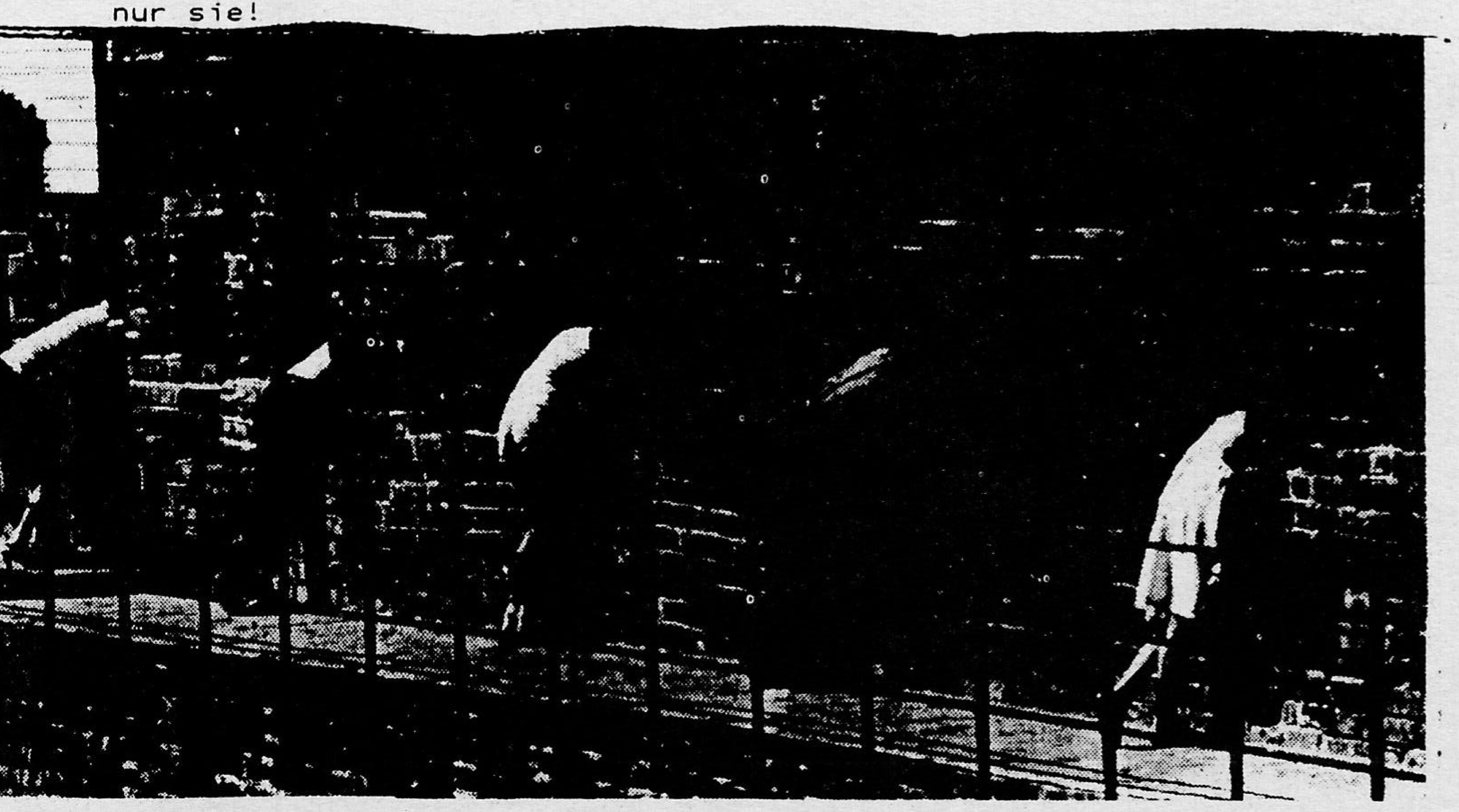
- ein Kino in die Räume gehört, denn Programmkinos fehlen in der kulturellen Infrastruktur von Mitte.
- ein Supermarkt, der die Preise und Mieten diktiert, kleinere Läden, besonders mit Ostprodukten, verdrängt.
- er nicht zu uns, dem VEB7, und unseren Konzepten von Wohnen und Leben, und nicht in die Brunnenstraße (von den Parkplätzen angefangen) paßt.
- wir uns gegen Umstrukturierung wenden, bei der BürgerInnennähe und Kultur dem Kommerz geopfert werden. Beate Uhse, Thyssen und Commerzbank sind schon zuviel!

Dies wäre ein weiterer Stein im Umbau der Innenstadt, der mit steigenden Wohn- und Gewerbemieten sozial Benachteiligte aus diesen Bezirken vertreibt. So ist schon jetzt kein Platz für die Buchhandlung Weißkopf, Dimitroffstr, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen. Hier wurde die Miete von 5 auf 50 DM/qm erhöht - jetzt sitzt dort die Deutsche Bank. Es ist immer wieder wichtig, daß sich die Menschen dagegen zur Wehr setzten. So hat die Betroffenenvertretung (Oderbergerstr.22) in einer Unterschriftensammlung zum Erhalt kleiner Läden im Prenzlauer Berg bereits über 1000 Unterschriften bekommen. Ergreifen auch wir die Initiative und schließen uns zusammen!
Kontaktadresse: Infoladen Brunnenstr.6.

Kämpfen wir für Kultur im Kiez!
Gegen Umstrukturierung und Supermarktprofite!
Für den Alexandrapalast in der Brunnen 6/7!

Szenen einer Akteneinsicht

Jetzt sitzt sie hier. In einem Raum mit zwei fremden Männern. Der eine, so sagt er wenigstens, heißt Felix, der andere Zobel. Naja, ein bißchen wie in einem schlechten Krimi. Der Raum ist im Gesundheitsamt und der Weg durch die Gänge war ein wahres Labyrinth. Ob sie wohl allein zurückfindet?
Der Tisch ist sehr niedrig, nicht zum Schreiben geeignet, der Sessel in dem sie sitzt ist alt, aber groß und sie ist sofort, als sie sich hinsetzte nach hinten gefallen. Der Tisch ist dadurch noch weiter weggerückt.
Jetzt erklärt Herr Felix ihr, sie könne sich die Unterlagen in Ruhe ansehen, Notizen machen dürfe sie sich auch, freilich keine ganze Abschrift. In ihrem Fall gäbe es keine Personenakte, sie sei lediglich ein paarmal auf Veranstaltungen aufgefallen, bzw. gesehen worden, das sei alles nicht so geheim. Bis auf ein paar Seiten, die mußten leider abgedeckt werden, weil dort Rechte Dritter betroffen seien, z.B. als die Namen ihrer Eltern genannt wurden. Außerdem gäbe es Informationen über die das Landesamt keine Verfügungsgewalt habe und schließlich wären einige Sachen dann doch noch geheim.
Sie schlägt die Akte auf: Dreimal hat man sie notiert:
IWF-Veranstaltung im EX
IWF-Veranstaltung in der Martha-Gemeinde
CARP-Kessel
Das wars! Das ist ja wohl nicht wahr. Und darauf hat sie ein Jahr gewartet? Hat da angerufen und sich beschwert, daß das so lange dauert. Was hatte sie sich eigentlich erwartet? Oder soll sie nun froh sein, daß die nicht mehr über sie haben? Warum wurde Freundin S. die Einsicht verweigert? Ist die etwa gefährlicher?
Momentmal, jetzt fällt ihr auf, im Ex bei der Veranstaltung war sie gar nicht. Hier stimmt doch was nicht. Vielleicht hat das Methode? Sie weiß es nicht, wir wissen es auch nicht. Das wissen letztendlich nur sie!



EA informiert

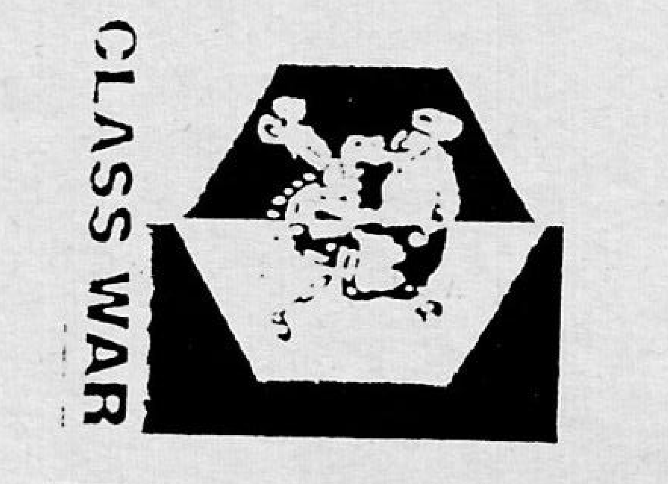
Seit zwei Jahren gibt es die Möglichkeit der Akteneinsicht beim Landesamt für Verfassungsschutz Berlin. Ganz liberal sind sie geworden. Es sollen bislang etwa 1200 Anfragen gestellt, davon etwa 200 abgelehnt worden sein.
Ob man/frau da alles gezeigt bekommt, bzw. nach welchen Kriterien gezeigt wird steht in den Sternen. Aber ein paarmal sind sie schon beim Lügen erwischt worden. Wir können sie nicht daran hindern, weiterhin zu lügen, aber wir können versuchen es ihnen immer schwerer zu machen.
Außerdem machen massenhafte Anfragen ihnen eine Menge Arbeit, und für jede/n bietet sich die Möglichkeit den Schleier vom Mythos des Verfassungsschutzes etwas zu lüften. Und wenn wir ehrlich sind: ein bißchen spannend ist es auch.
Eine Frage die immer wieder gestellt wird, ob nicht mit so einer Anfrage "schlafende Hunde "geweckt würden ist zumindest für Leute die auf Demos, Straßenblockaden und öffentliche Veranstaltungen gehen, geradezu absurd, denn die Wahrscheinlichkeit an solchen Orten registriert zu werden, ist mindestens genauso hoch wie bei einem Antrag auf Akteneinsicht.

Deshalb fordern wir die paar InterimleserInnenauf, die noch keinen Antrag auf Akteneinsicht gestellt haben, dies sofort zu tun.
-Du liegst im Trend!
Nee, jetzt mal im Ernst:
Es besteht weiterhin die Möglichkeit Akteneinsicht zu beantragen und euch vor und/oder nach dieser beraten zu lassen,
- im Falle der Ablehnung Widerspruch erheben,
- nicht allein hingehen,
- sich nicht unvorbereitet dieser Situation beim Landesamt auszusetzen,
- die dort erhaltenen Informationen auszutauschen um gegebenenfalls ein weiteres Vorgehen zu besprechen.

Beratungstermine dazu :
jeden ersten Dienstag im Monat (z.B.7.Januar) 19-20 Uhr in den Räumen des Ermittlungsausschusses im Mehringhof, Gneisenaustr.2, 1-61,
jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 15-17 Uhr im Papiertiger, Cuvrystr.25, 1-36.

So könnte ein Antrag auf Akteneinsicht aussehen: (Einschreiben mit Rückschein)

Landesamt für Verfassungsschutz
Auf dem Grat 2
1000 Berlin 33
betrifft: Akteneinsicht
Sehr geehrte Damen und Herren
Hiermit beantrage ich Einsicht in die über mich gespeicherten Daten.
Hochachtungsvoll
Marlene, Carla, Brigitte Mira
geb. am 31. Februar 1901
in Groß-Berlin



OUR TIME HAS COME '91

INTERNATIONAL CONFERENCE EAST LONDON 23RD TO 28TH SEPTEMBER



SECHS TAGE IN SHOREDITCH

Die CLASS WAR FEDERATION, von einigen als "die Rottweiler der Linken" tituliert, organisierten ihre erste internationale Konferenz in der letzten September- Woche in der Shoreditch-Townhall in Ost-London.

Ebenso wie die kurz davor stattgefundene Konferenz von 2000 RevolutionärInnen in Venedig im Juni, war es das Ziel von Class war, die autonome Bewegung in den europäischen Ländern und darüber hinaus international zu machen.

Dies wurde durch einen Prozess der Debatte, Argumentation, Diskussion, konstruktiver und negativer Kritik getan, alles mit einer wachsenden kenntnis der unterschiedlichen Situationen und Kulturen, in denen der Klassenkampf sich bewegen muß.

Über 400 Deligiert e und Individuen aus Gruppen aus über 20 Ländern nahmen an den morgendlichen Vollversammlungen mit "sachlicher Debatte" teil.

Nach der Mittagspause teilte sich die Konferenz in kleinere Arbeitsgruppen auf, um die Themen mit einer größeren Genauigkeit zu diskutieren.

Die Themen reichten von "Warum Anti-Kapitalismus?", "Warum Revolution" bis zu "~~Die Neue~~ Weltordnung", "Frauenkampf", "Schwarze Kämpfe" und darüber hinaus.

An den Abenden kamen wir in den Genuß einer großen Spannbreite von zusätzlichen Treffen für alle, die es interessierte: "Sexualität", "Politik im Sport", "Revolutionäre Grüne Politik", "Gefangenen- Unterstützung", und das sind nur einige von davon!

Die strittigsten Themen waren Ökonomie und ökonomische Analysen und die Positionen und Ansichten von Frauen in der libertären Bewegung.

All dies wurde gekrönt von fünf wilden Nächten mit Musik, Kennenlernen, Geplauder, Diskutieren, TRinken und Karaoke! (Karaoke: Neue Form von Disco, die Lieder laufen ohne T ext und das Publikum darf dazu singen, soll total witzig sein, Anm.)

Die Woche endete mit einer zum Bersten vollen Versammlung und einem überfüllten Konzert. Der mit einem Bißchen Nazi-Schlagen endete... besser gesagt: Es wäre gewesen, wenn sie nicht so schnell gerannt wären.

ARTIKEL AUS "CLASS WAR" №50 ZUR KONFERENZ

Dieses historische Ereignis in der Geschichte des historischen Kampfes in Britain und Europa war für alle von Vorteil: Es kamen Libertäre mit einer großen Spannbreite von Ansichten zusammen.
Wir zogen Ermutigung aus den Volksrevolten in Osteuropa, blieben uns aber gleichzeitig über den wachsenden Rassismus und Nationalismus.

Mit der permanenten Rezession des Kapitalismus war die Frage, die herauskam, nicht "Wann wird es soziale Erhebungen geben", sondern "In welche Richtung sollen wir versuchen sie zu beeinflussen?"

So...also wohin als nächstes mit der Class War Federation?

Wie Colin Robinson von Vergo (die "A Decade Of Disorder" herausgeben - Buch über Class War, Anm.) kurz nach der Konferenz im 'Guardian' sagte: "Class War druckt die Beleidigungen der Reichen und Mächtigen, die Millionen denken und aussprechen..."

Das was JETZT nötig ist, ist das Mißtrauen und den Hass der gewöhnlichen Leute auf die Autoritäten und die Reichen, die sich vollkommne offensichtlich in den Riots und den Angriffen auf die Bullen und die Steuereintreiber aUSGEDRÜCKT HABEN; IN DIE Richtung eines größeren politischen Bewußtseins und größeren Widerstandes gegen den Kapitalismus, den Staat und Lakaien von beiden zu befördern.

Wer die nächste Wahl gewinnt is EGAL, ein Angebot falscher Wahlmöglichkeiten, die uns keine Veränderung oder Verbesserung unseres Lebens bieten.

Aber UNSERE Zeit kommt und Class War wird eine bedeutende Rolle dabei spielen.

Am Samstag der Konferenz versuchten einige Skinheads das Konzert anzugreifen.

Jedenfalls kamne sie nicht weiter näher heran, als auf die gegenüberliegende Straßenseite, als sie daß unsere 'Ordner', und andere, sie angriffen, statt wegzurennen.

Die 'Herrenrasse' rannte dann so schnell sie konnte davon!

Offensichtlich waren sie nicht daran gewöhnt mit jemandem zu kämpfen, der sie nicht zahlenmäßig überlegen waren, die eine Frau (peinlich, peinlich; Anm.) war oder Rente bezog!

Gleichwohl wurden später zwei Menschen festgenommen. Einer, ein Genosse aus Deutschlaned, sieht sich Anklagen wegen Des Besitzes von Waffen gegenüber und wird im Knast fetsgehalten.

Briefe für die Unterstützung und Spenden werden für Diesen Freund benötigt.

Bitte schickt Briefe usw. über
CW , PO Box 467, London E8 3QX, England

Da nun die Leute, die versprochen hatten, einen Konferenz-Bericht zu schreiben, dies offensichtlich nicht tun, mache ich mich an die Arbeit.
Wie in der Übersetzung des CW (Steht immer für CLASS WAR) - Artikels angedeutet, bestand die Konferenz aus zwei Teilen: Morgens die "Vollversammlungen", auf denen jeweils ein Einleitungsreferat zum "Thema des Tages" gehalten wurde/werden sollte, mit anschliessender Möglichkeit zur Diskussion mit allen. Nach der Mittagspause fanden dann die Arbeitsgruppen statt, die sich inhaltlich auf das Thema des Tages bezogen.
Am Montag sollten die Fragen "Warum revolution?" und "Warum Anti-Kapitalismus?" geklärt werden. An die morgentlichen Statements kann ich mich leider nicht mehr so erinnern - war aber nicht so umwerfend wichtig. Die Arbeitsgruppe "Warum Revolution?", in der ich war, war von einer Diskussion über die Kritik von CW an "Lifestylism" dominiert. "Lifestylism" bedeutet die Ideologie des Ausstiegs aus der Gesellschaft - also z.B. Konsumboykott oder Leben in 'Kommunen' - als revolutionäres Programm. Dagegen setzen CW ihre Vorstellungen von Selbstorganisation gegen "Staat und Kapitalismus und ihre Lakaien" dort, wo die Menschen leben und arbeiten (mal platt formuliert). Ihre Kritik an "Lifestylism" lautet, daß dieser zu einer (Selbst-)Ghettoisierung führt - zum einen, weil sich die moralisch einwandfreien zu Szenen zusammenschließen, zum anderen, weil die 'ArbeiterInnenklasse' (verständlicherweise) keine besondere Lust darauf hat, sich von irgendwelchen Leuten erzählen zu lassen, was sie zu tun hat und was nicht. Die Kritik richtet sich also nicht gegen die Sache, sondern gegen den '-ismus': "Alle, die nicht .... machen sind doof und konterrevolutionär".
Die Diskussion bewegte sich dann hauptsächlich um den Begriff der und das Vrehältnis zur 'ArbeiterInnenklasse'. Dabei stand der Position von CW, deren 'Klassenanalyse' im übrigen auf der Propaganda-Ebene ziemlich simpel ist (Oberklasse: 5% dre Bevölkerung; Mittelklasse: ca.8% der Bev., 87% d.Bev. 'ArbeiterInnenklasse'), die Position gegenüber, daß es mit dem revolutionären Potential der 'ArbeiterInnenklasse' zur Zeit ziemlich mager aussieht, daß die 'ArbeiterInnenklasse' in das System integriert ist usw. Es konnte (natürlich) keine Einigung erzielt werden. Eine Erklärung für diese fundamentalen Unterschiede besteht jedenfalls darin, daß sich die Situation in Britain ziemlich von der Situation in der BRD oder auch in den USA oder in Australien unterscheidet: In Britain gibt es seit Jahren immer wieder Riots (1981, 1984, letztens), militante Streiks mit und ohne Gewerkschaften (Miner-Strike 1984/85, Drucker-Innen-Streik 1986?) und Massenbewegungen, die nicht von den Mittelschichten getragen werden, sondern eben von den sog. 'Normalos' aus den Städten/Stadtteilen getragen werden (Poll Tax). Also eine Situation, in der sich in den Kämpfen etwas ausdrückt, was klassischerweise Klassenbewußtsein genannt wird. Dies passiert auf einer Basis von objektiv krasseren sozialen Verhältnissen: höhere Arbeitslosigkeit, schlechtere soziale Versorgung, schärfere lebensbedingungen für Schwarze und ImmigrantInnen (Ghettoisierung usw.) - so als Beispiel: Was in Britain die Mittelschichten rein materiell besitzen, besitzt hier jedre stinknormale Facharbeiterhaushalt. D.h.: die materiellen Unterschiede sind viel stärker ausgeprägt und haben sich in den letzten 12 Jahren mit Tory-Regierung noch verschärft. Dazu kommen historische Unterschiede in der Entwicklung des Kapitalismus, der bürgerlichen Gesellschaft, des kapitalistische Patriarchats (in Deutschland z.B. aufholende Industrialisierung, fehlende bürgerliche Revolution) - was ziemlich unterschiedliche Bewußtseinsformen in der Gesellschaft hervorbringt. Dies um deutlich zu machen, daß unterschiedliche Situationen in Ländern auch zu unterschiedlichen Einschätzungen und Analysen führen, daß es also falsch ist, positionen aus anderen Ländern zu verurteilen ohne die Hintergründe zu kennen - was zum Beispiel bei der Stalinismus-Debatte (falls die überhauptnoch interessiert) oder der Kritik an nicht-autonomen Organisationsformen im Trikont bedacht werden sollte.
Also zurück zur Konferenz:
Am Dienstag ging es um die Einschätzung von 'New World Order', der Entwicklung in Osteuropa und von EG 92.
Dazu was zu schreiben fällt mir schwer, da zuviel zu oberflächlich gesagt wurde (und mir die Notizen fehlen). Das markanteste jedenfalls war, daß CW die Situation ziemlich anders einschätzen als 'wir' (im Durchschnitt): Sie sehen eine rasante Zunahme von Klassenkämpfen in Osteuropa (die sich auch in nationalistischen Formen äußern) und gleichzeitig ein Vakuum an Ideen, da sowohl Sozialismus als auch Kapitalismus diskreditiert sind , und daher wäre dort eine 'ideologische Leerstelle', die von RevolutionärInnen gefüllt werden müßte. Leider war nur ein Mensch aus Osteuropa auf der Konferenz (aus Polen), sodaß es etwas an Material zur Auseinandersetzung mangelte. Er hat jedenfalls länger was zur Situation in Polen erzählt, was ich jetzt mal kurz einfliessen lasse: Er erzählte vom jahrhunderte alten Nationalismus in Polen (durch permanente Besetzungen von außen u.a.), daß dieser die Klassenkämpfe stillgelegt hat, daß die ArbeiterInnen ihre eigenen unmittelbaren Interessen zu Gunsten der Nation zurückstecken und sich so z.B. nicht gegen Massenentlassungen wehren: er erzählte

auch von der Macht der Katholischen Kirche, die jetzt über Walesa direkten Einfluß auf den Staat hat (siehe Verschärfung der Abtreibungsgesetze in Polen - besser gesagt: Das Verbot); daß die Kirche einen enormen Vretrauensbonus in der Bevölkerung hat, da sie seit Jahrhunderten immer eine wichtige Rolle gegen die Besatzer gespielt hat

und es jetzt das erste Mal ist, daß sie an der Macht ist; er erzählte auch von der real existierenden ökologischen Katastrophe in Polen (ist kaum vorstellbar für uns). Er erzählte aber auch von den doch Statt-findenden Kämpfen: So z.B. ein BusfahrerInnenstreik in einer Nord-polnischen Stadt, wo sich alle gegen ihre Entlassung wehrten, dem Streik durch den Weiterbetrieb des Netzes finanziert haben und bei einem Bulleneinsatz von TaxifahrerInnen durch eine Blockade unterstützt worden sind. Oder auch daß sich RentnerInnen inzwischen organisieren und ihre eigenen Aktionen starten gegen die Rentenkürzungen.

Am Mittwoch wurde der g-plante Ablauf unterbrochen. Die morgentliche 'Vollversammlung' bot Gelegenheit für alle, von sich, den eigenen Gruppen und Aktivitäten und der Situation in den Ländern zu erzählen und Statements abzugeben.

Am Nachmittag fanden dann Arbeitsgruppen zu "Frauen und die revolutionäre Bewegung" und "Black Struggle und Klassenkampf" statt. Ich war in der Arbeitsgruppe "Anti-Rassismus/ - Faschismus in der weißen ArbeiterInnenklasse". Zur Einführung erzählte ein ca. 45jähriger Typ von CW von seinen Erfahrungen mit und seiner Einschätzung der "Anti-Nazi-League" (breite Bewegung Mitte bis Ende der 70er, dominiert von 'Militant' (trotzkistische Partei innerhalb der Labour-Party) und der 'Socialist Workers Party (SWP - Ableger in der BRD ist die SAG) - die beiden größten 'K-Gruppen' (und vielleicht die penetrantesten) in Britain). Die Arbeit der ANL reichte von "Rock gegen Rassismus"-Konzerten über breite Demonstrationen bis hin zu Angriffen auf und Straßenschlachten mit Nazis. Seiner Einschätzung nach hat die ANL aber versagt, in dem Sinn, daß die Nazis sich zwar nicht mehr auf den Straßen zeigten, aber die faschistischen, nationalistischen, rassistischen Ideologien weiterhin in den Köpfen der entsprechenden Teile der Bevölkerung (incl. der 'ArbeiterInnenklasse') waren. D.h.: Die ANL hatte zwar den Kampf die Nazis aufgenommen, aber nicht "Kampf der Ideologien". (teilweise wurde sogar mit nationalistischen Inhalten gegen Nazis mobilisiert). Sein Fazit war, daß die Nazis eigentlich 1979 von den Tories geschlagen wurden, die durch einen Rechtsrutsch und einen rassistischen Wahlkampf das faschistische Potential in der Bevölkerung aufgesogen haben und dadurch den faschistischen Parteien (British Nationalist Party und Nationalist Front) die Basis entzogen haben.

Die anschließende Diskusssion blieb leider in dem Rahmen, den auch unsere Diskussionen fast nie verlassen: Die eine Seite meint, irgendjemand hätte etwas dagegengesagt, Faschisten eins aufs Maul zu geben oder ihre Strukturen anzugreifen, während die andere Seite meint, sich gegen einen Reformismus-Vorwurf verteidigen zu müssen und dabei bleibt, daß 'Faschos klatschen' ja wohl nicht aureicht.

Ich habe dann kurz in die AG "Black Struggle ..." reingeschaut, war aber ziemlich deprimiert, da sich die Diskussion hauptsächlich am Nebenwiderspruchsgesülze eines Typen entlangzog und auch mangels Zeit nicht darüberhinaus kam.

An diesem Tag (sozusagen der Nebenwiderspruchstag) fand auch zum ersten Mal eine Frauen-AG statt (die andere AG zu Frauen und REv. Bewegung war gemischt), die dann auch an den folgenden Tagen stattfand. Kann ich natürlich nix zu schreiben - aber vielleicht eine der Frauen, die auch da waren (Abt.:Private Grüße: HUHU!)

Am Donnerstag waren die Oberthemen "RevolutionärInnen am Arbeitsplatz" bzw. "... im Stadtteil". In der AG, in der ich war, zum Stadtteil, wurde wieder viel erzählt, vorallem von Leuten aus Britain über konkrete Arbeit, besonders natürlich über den Anti-Poll-Tax-Widerstand, der hauptsächlich in den Städten/ Stadtteilen organisiert wird (und übrigens hauptsächlich von Frauen getragen ist). Es wurde an Hand von Beispielen etwas deutlicher, was CW mit ihrem Ansatz, sich als Teil der 'ArbeiterInnenklasse'zu verstehen, meinen: Nämlich Teil der alltäglichen sozialen Strukturen zu sein (ultraplattes Beispiel: Der Oma von nebenan beim Einkaufen helfen). Und davon ausgehend dann den Widerstand/Revolution zu entwickeln (also im Gegensatz zu 'unseren' 'bürgernahen' kampagnenhaften Interventionen). Dies kann natürlich wiederum nur funktionieren, wenn überhaupt so etwas wie ein widerständisches Klima vorhanden ist. Aus Australien wurde - als KOntrast dazu - erzählt, wie der Staat einen widerständischen Stadtteil durch Modernisierung usw. befriedet hat und dort jetzt Denunziationskampagnen unter dem Motto "Zeig den Dieb in deiner





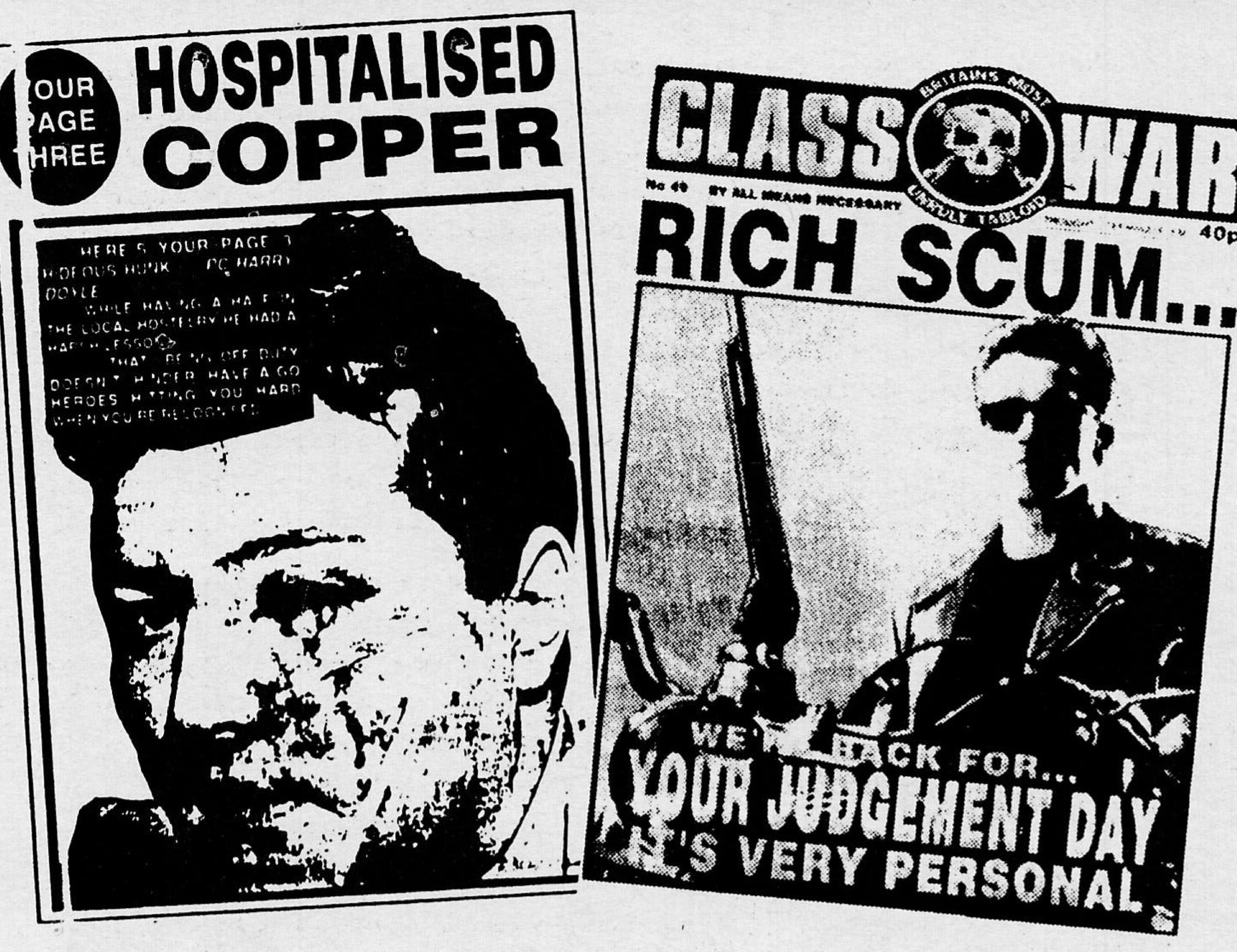


Nachbarschaft an" stattfinden. Ein wichtiges Thema von CW ist auch die Selbstorganisation gegen das, was sie "unsoziales Verbrechen" Nennen - also Vergewaltigungen, Diebstähle bei ArbeiterInnen, rassistische und zwangsheterosexuelle Angriffe usw. Das ist ihre Vorstellung von der Organisierung dse Lebens ohne Staat schon heute. Als Beispiel wurde die Aktionen von Müttern von Junkies genannt, die in Dublin bekannte Dealer heimgesucht haben.

Außerdem wurden noch verschiedene Probleme angeschnitten, wie: Was ist mit den Stadtteilen, in denen 'wir' nicht leben? Wie ist es möglich, verstärkter anti-sexistische und anti-rassistische Inhalte in diese Arbeit miteinzubeziehen? Wie kann eine Ein-Punkt-Bewegung (wie Poll Tax() verallgemeinert werden, bzw. kann dies überhaupt forciert werden?
Der Freitag begann mit einem Beitrag eines NUM-Gewerkschafters (brit. BergarbeiterInnen-Gewerkschaft), der an Hand des BergarbeiterInnen-Streiks 1984/85 die Praxis der britischen 'K-Gruppen' (besonders 'Militant' und SWP) darstellte und niedremachte und den paternalistischen Bezug zur'ArbeiterInnenklasse' kritisierte. Der Beitrag war so fetzig + spritzig, daß es viel zu schade darum wäre, wenn ich ihn hier kurz erzählen würde, aber er soll noch veröffentlicht werden, dann werden ich ihn übersetzen, um euch das Vergnügen und die Kritik nicht vorzuenthalten.
Danach ein Beitrag aus der Frauen-AG, in der die Frauen CW und den Kongress kritisierten. Es ging sozusagen um das Übliche: Fast reine Männervereine organisieren Kongresse, auf denen Patriarchat nur als Nebenwidersprüche oder überhaupt nicht diskutiert werden.
In der darauf folgenden Diskussion äußerten sich sowohl Männer, die sich mit der Kritik auseinandersetzten (mal sehen, was dem an Taten folgt), als auch Frauen, von denen ein Teil erklärte, warum sie trotz der Nebenwiderspruchsthese (von CW z.B.) in einer gemischten Organisation mitarbeiten, z.B. weil sich gegen gesellschaftliche Strukturen wehren wollen, die sowohl Frauen als auch Männer betreffen oder die von der Frauenbewegung in Britain nicht thematisiert werden. (In Britain scheint es so etwas wie Autonome Frauenbewegung - im Sinne von linksradikal/revolutionär - nicht zu geben). Ein anderer Teil der Frauen griff Typen an, von denen sie sich unter Rechtfertigungsdruck gesetzt fühlten/bzw, gesetzt worden waren. 'Leider' äußerte sich nur der Teil der Typen, die autonome Organisationsformen unterstützeen - und nicht der, der hinter jeder Autonomie und getrennten Organisation sofort den'Seperatismus' und den Verrat an der Revolution wittert (bis auf einen, der meinte, er hätte genug von "männerhassenden und eier-zermatschenden" (Zitat) Frauen). So konnten jedenfalls keine INhalte geklärt werden, da sich eigentlich alle nur die Bälle zuspielten, wie richtig und wichtig sie eine autonome Frauenorganisierung finden.
Am Nachmittag wurde versucht, herauszufinden wie es denn nun praktisch weiter gehen könnte. Außer Informationsaustausch und Vernetzung kam leider wiedereinmal nicht konkretes heraus.

Als Beispiel für praktische Zusammenarbeit wurden noch SolidariTätsaktionen vorgeschlagen (Blockade der britischen Botschaft in Warschau durch die polnische Anarchistische Föderation als Unterstützung des Poll-Tax-Widerstandes), außerdem äußerten GenossInnen aus verschiedenen Ländern Interesse an der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München.
Samstag war dann der Tag der "Rally" (Kundgebung im Saal mit Reden und allem). Schon morgens waren Faschisten in 2 Transportern unterwegs und versuchten Leute von der Konferenz anzugreifen. Bei mindestens einem Typen ist ihnen das auch gelungen: Er wurde mit einer Schnittverletzung ins Krankenhaus eingeliefert. Leider haben wir ihre Autos nicht gefunden. Auch in Britain herrscht eine Mord(s)-stimmung - auch wenn die Faschisten (noch) nicht so stark sind wie in der BRD. Abends starteten die Faschisten dann noch den An-





WE WANT A RIOT!

(<– ABT. PRESSE-HETZE (+ LUSTIG))

By CHRIS McCASHIN

VICIOUS anarchists are planning a full-scale riot in London tomorrow.

And one of their leaders is a blond-haired thug who claims to be a cousin of Arthur Scargill.

We can reveal the street warfare plot after infiltrating a secret mass-meeting of the sinister Class War Federation, which aims to smash the state by inciting violent demonstrations.

Speaker after speaker called for an East End rally on Saturday to become an even-bloodier repeat of last year's poll tax riot in Trafalgar Square.

Blond-haired Tim Scargill took the platform and yelled: "Class War is all about fists in coppers' faces. The struggle is on the streets — if it's not down your street then go to where it is."

Blood

The tattooed yob raised his two fists in the air and claimed: "I'm Arthur Scargill's second cousin."

The crowd — many in para-military clothing — bayed for blood, cheering and whistling with delight at the riot call.

Thugs from all over Europe were among the 300-strong gathering at

DAILY STAR EXCLUSIVE

Shoreditch Town Hall, East London. I managed to get in by pretending to be a sympathiser.

Inside, I listened as the evil yobs called for an all-out attack on police, property and the public.

One leading figure claimed last year's poll tax riot was an example of "what the working class can do."

He ranted: "Let's get on the streets. Let's smash capitalism once and for all."

One speaker waved the latest edition of Class War's newspaper and showed off its photograph, shown above, of a badly injured policeman as a taste of what is planned. The joyriders and rioters from Cardiff, Oxford and Newcastle were hailed as "working class heroes."

Talks centred on how to smash the state and bring down society. Banners draped around the building called for revolution and anarchy on the streets.

Evil Class War is out to make a real name for itself tomorrow. Although it has only 130 hard-core members in secret cells dotted around the country it claims to have hundreds more followers.

● Last night, The Daily Star told Scotland Yard of the results of our investigations.

Star Says — Page Eight

griff auf die übriggebliebenen AufräumerInnen des Konzerts, wurden aber erst zurückgeschlagen und dann von Bullen abgedrängt. Kurz darauf passierte dann die Festnahme des Typen aus der BRD (siehe Übersetzung).

Jetzt ein paar allgemeine Bemerkungen:

Zu CW wäre meiner Meinung nach anzumerken, daß sie (natürlich) die Nebenwiderspruchsthese(n) zu Patriarchat und Rassismus vertreten - trotz ihres Bekenntnisses zur autonomen Orgahisierung. Was dies relativiert ist, daß sie immer noch (CW gibt's seit 10 Jahren, in der jetzigen Form seit 7) dabei sind dauernde interne Debatten zu führen und sich auch immer wieder verändern. Gerade diese Konferenz scheint einiges bei zumindest einzelnen aus CW ausgelöst zu haben. Also scheint sich eine Auseinandersetzung zu lohnen, da sich dadurch real was verändern läßt (ein bißchen im Gegensatz zu unseren Grabenkämpfen).

So grob gesehen scheinen CW aus zwei Flügeln zu bestehen: Einem, den ich als eher "klassenkämpferisch" bezeichnen würde, und einem, der eher "anarchistisch" ist. Vielleicht ist dies ihr 'Rezept' für ihre'jugendliche Frische'. Vielleicht ist es aber auch nur ihr englischer Humor und ihre ungebrochene Sicherheit, daß die Revolution nicht mehr lnge auf sich warten läßt.

Der Unterschied zwischen dieser Konferenz und dem Kongreß in Venedig war, daß es CW um den Aufbau einer internationalen Bewegung ging, die sich prinzipiell gegen das ganze 'Schweinesystem' richtet, während es in Venedig um die Vrenetzung bereits bestehender Teilbereichsbewegungen in den verschiedenen Ländern ging. Deshalb wurden in London sehr grundsätzliche Punkte besprochen (z.B. was heißt Anti-Kapitalismus? Nämlich Abschaffung von Geld, Waren, Markt und Arbeit) - während in Venedig oft die grundsätzliche Perspektive aus den Augen geriet (mal ganz abgesehen davon, ob die These von einer Revolution durch das 'Zusammenkommen' der verschiedenen Teilbereichsbewegungen überhaupt stimmt.)

Apropos Venedig: Für die Menschen mit Italienisch-Kenntnissen ist es jetzt möglich, den Kongreß-Verlauf Wort für Wort in einem dicken Buch, das (auch) im PAPIERTIGER steht, nachzuverfolgen. Demnächst werden auch Ergebnisprotokolle (zumindest in Englisch) verfügbar sein. Außerdem gibt's einen Video, der nur noch übersetzt und vertont werden muß.

EINER DER DABEI WAR

Anzeigen:

Die
Umwelt-Bibliothek
lädt ein
zum
Informationsabend
mit den
Flüchtlingen, die in der TU-Berlin Zuflucht gefunden haben.

Sie werden berichten über:
- ihre Erfahrungen
- die Gründe für die Besetzung der Räume
- die jetzige Situation

Kommt am 20.12.1991 um 20.00 Uhr in den "Kulturladen", Kollwitzstr. 93, Prenzelberg

Notizen:

DER STAATSSCHUTZ TICKT AUS

Versuchte Kriminalisierung der Antifa-Bewegung in Bonn und Umgebung durch das Präsidialbüro II

"...Im Übrigen kann festgestellt werden, daß eine gute Repression die beste Prävention darstellt." - Zitat aus einem Bullen - Lehrbuch.

"Alles Quatsch, jetzt erst recht." - Zitat eines Antifas.

Während die Polizei anscheinend kein Interesse an den Anschlägen und der Struktur von Bonner Neonazis hat, die eine führende Rolle in der Nazi - Szenerie des vereinigten Großdeutschlands spielen und jeden größeren Faschoaufmarsch in der BRD anführen und mitorganisieren, ist in den letzten Wochen eine Repressionswelle von der politischen Polizei in Bonn gegen die linke Szene angelaufen, die es so in Bonn noch nicht gegeben hat und darauf abgezielt ist die Szenestrukturen zu erkunden und zu zerschlagen.
So wurden über 120 Ermittlungsverfahren wegen des Protestes gegen den Golfkrieg eröffnet und vier Verfahren gegen Betreiber/innen, bzw. Mitarbeiter/innen des linken Buchladens Le Sabot und der Kneipe Bazooka wegen des Verdachtes des Werbens für eine terroristische Vereinigung eingeleitet. Die Verfahren, die die vielfältigen Aktionen gegen den Golfkrieg kriminalisieren sollen, zielten darauf ab das große und bunte Aktionsbündnis gegen den Krieg längerfristig zu spalten und damit die Möglichkeit auf längerfristige Bündnisse zu verschiedenen Themen zu zerstören und bestimmte Gruppen, deren Kritik an unserem Gesellschaftssystem weiterreichender ist, auszugrenzen. Die Verfahren gegen die Kneipe, bzw. den Buchladen sind deshalb eröffnet worden, weil dort angeblich eine Zeitschrift verkauft wurde, die eine Erklärung der RAF abgedruckt haben soll.
Doch die weitreichendste Repression durch den Staatsschutz richtet sich gegen das antifaschistische Spektrum. So laufen zur Zeit circa 20 Verfahren wegen einfachem bzw. schwerem Landfriedensbruch, mehrere wegen Körperverletzung und einige sogar wegen des Verdachts der Beteiligung an versuchtem Totschlag. Das Staatsschutzkommissariat Präsidialbüro II verschickte Unmengen an Vorladungen, mehrere Leute wurden in Vernehmungen als Zeugen unter Druck gesetzt, doch den bisherigen Höhepunkt bildeten mehrere Hausdurchsuchungen. In einem Fall wurde eine Wohnung sogar von Polizisten mit kugelsicheren Westen und gezückten Maschinenpistolen gestürmt, bevor ca. zehn zivile Staatsschützer die Wohnung verwüsteten.
Nach unseren Informationen beziehen sich die Vorwürfe unter anderem auf den Angriff auf ein Fest mit traditionell starker Nazibeteiligung in Lohmar-Donrath, auf die Zerschlagung einer Nazi-Skin-Fete in Troisdorf, an deren Ende ein Fascho mit Schädelbruch liegengeblieben sein soll, und auf einen Vorfall in Bonn-Beuel, bei der ein Skinhead Stichverletzungen erlitten haben soll.

Mittel im antifaschistischen Kampf

Unsere Position als autonome AntifaschistInnen dazu ist, daß Militanz für uns ein Mittel des antifaschistischen Selbstschutzes ist und gerade in der Fascho-Hochburg Bonn/Rhein-Sieg zum politischen Überleben gehört. Selbstschutz bedeutet dabei auch, den Nazibanden den Raum streitig zu machen. Für uns ist nur entscheidend, welche Mittel der Gegenwehr unter was für Umständen angebracht sind: Gewalt muß dabei gezielt und veranwortungsbewußt eingesetzt werden und darf nicht zum reinen Selbstzweck werden. Z.B. halten wir es von unseren politischen Grundsätzen her für **falsch**, irgendwelchen Fascho-Kids die Fresse einzuschlagen, Mitläufer total zu verprügeln oder gewöhnlichen Nazis bei Aktionen lebensgefährliche Verletzungen beizubringen.
Wir wollen dabei niemandem vorschreiben, wie er oder sie sich gegen die steigende Bedrohung durch neonazistische Schlägerbanden zur Wehr setzt, denn das hängt von den unterschiedlichen Verhältnissen vor Ort ab. Beispiele sind für uns Berlin und die neuen Bundesländer, wo der Fascho-Terror gerade gegen Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe regelmäßig zu Todesopfern führt. So starb erst vor wenigen Wochen in Berlin ein türkischer Jugendlicher an den Folgen eines

rassistischen Überfalls. Und wir können es niemandem verdenken, sich gegen diese Alltagsbedrohung entsprechend zu schützen und zu bewaffnen.
Daß es Bonn und Umgebung trotz der zahlreichen organisierten Neonazis hier der faschistische Terror noch nicht solche Ausmaße angenommen hat, ist vor allem der effektiven und gezielten antifaschistischen Selbstverteidigung zu verdanken und gerade nicht den Bullen, die trotz Vorwarnungen zahlreiche rassistische Anschläge auf Flüchtlingsheime zugelassen haben.

Vorläufige Einschätzung

Beim jetzigen Verfolgungseifer des Präsidialbüros II wird deutlich, daß es den Staatsschutzbullen nicht darum geht, irgendwelche Straftaten "aufzuklären". Die oben genannten Vorfälle werden nur dazu benutzt, um gegen AntifaschistInnen vorgehen zu können. Denn dem deutschen Staat und seinen Schützern ist es schon immer ein Dorn im Auge gewesen, daß sich Leute außerhalb der vorgegebenen Betätigungsmöglichkeiten beispielsweise gegen die sich ausbreitende Nazipest organisieren. und diese auch noch recht wirkungsvoll bekämpfen. Und außerdem soll gerade in der Ex-Hauptstadt Bonn die offiziell verordnete Ruhe nicht durch Meldungen von Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Nazis, wie sie in letzter Zeit oft die Spalten der Lokalpresse füllten, getrübt werden. Die nach der Entscheidung über die Hauptstadtverlegung um Investitionen und damit um ihre eigene Existenz besorgten Stadtväter wollen eben kein "Kreuzberg", und die verordnete Ruhe soll möglichst schnell durch hektische Aktivitäten der örtlichen Bullen wiederhergestellt werden. Außerdem versuchen die Bonner PB II-Beamten, ob Brinker, Brenner, Kellner, Klein, Jäger, Haas, Rockel oder wie sie noch heißen, auf diese Weise mal wieder, ihre in der Vergangenheit doch recht magere Erfolgsbilanz zu verbessern. Und da zählt nur die Anzahl der Verurteilungen, egal, ob sie auch einen noch so unbegründeten und dürftigen Hintergrund haben.

Aussageverhalten

Zum Abschluß ist uns noch wichtig, auf Vernehmungen und Aussageverhalten einzugehen, da das in letzter Zeit eher individuell gehandhabt worden zu sein scheint.
Noch einmal:
1. Wer vor den **Bullen** eine Vorladung bekommt, braucht dort nicht hinzugehen und auch nichts zu sagen. Und es ist wichtig, dies auch **nicht** zu tun, da niemand genau die Folgen einer Ausage bei den in Verhörtricks geschulten Vernehmungsbeamten einschätzen kann.
2. Bei Vorladungen vom **Staatsanwalt** oder vom **Richter** ist man oder frau verpflichtet, zu erscheinen. Nur als Zeuge/Zeugin gibt es eine Plicht, auszusagen, außer er oder sie belastet sich durch die Aussage selbst oder Verwandte. Bei einer richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Vorladung ist es immer angesagt, vorher mit einem oder einer Rechtsanwalt/anwältin darüber zu sprechen und mit ihm oder ihr in jedem Fall zu Vernehmung zu gehen.

Lasst euch durch den Bullenterror nicht verrückt machen, denn das ist, was sie erreichen wollen!

SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHIST/INNEN UND EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN!

SOFORTIGE AUFLÖSUNG DES STAASSCHUTZES, WEG MIT DEM PB II!

ORGANISIERT DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE!



Autonome AntifaschistInnen Bonn/Rhein-Sieg

Ein Kessel Rotes

I. Irrtümer über Subjektivismus

Im Rahmen der Heinz-Schenk-Debatte hat sich eine Kontroverse über die Bedeutung des Subjektivismus entsponnen. Dieser wurde insbesondere von Lotta (interim 169) verteidigt und auch Adriano Celetano und Rita Pavone wollen an der "Autonomie des Subjekts" festhalten (interim 171), obwohl sie ansonsten Lottas Position zurecht kritisieren.

Diese Position bestätigt genau die Kritik von H.S. an den Autonomen, ohne daß Lotta diese auch nur verstanden hat:

-- Sie schreibt, es sei "sowieso eine Selbstverständlichkeit"(!), daß die "Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen".

Lotta läßt hier außer acht, daß H.S. diese These *nicht aufgestellt*, sondern vielmehr *angegriffen* hatte (interim 166). Nur auf der Grundlage dieses Irrtums (?!) kann Lotta die Ansicht vertreten, H.S. "verwechselt hier Subjektivismus mit Voluntarismus".

H.S. hatte diese These mit zwei Argumenten kritisiert: *Erstens* sei in ihrem Kontext keine sinnvolle Begründung möglich, warum "die Menschen" derzeit gerade keine Revolution wollen. *Zweitens* würde damit die Bedeutung der jeweils gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ignoriert. Werden diese Bedingungen ignoriert, lassen sich auch die effektiven Mittel zur Änderung dieses Zustandes nicht bestimmen.

-- Auf Seite 2 ihres Papieres spricht sich Lotta dann für folgende Politik aus: "Wir sprechen von der 'Politik der 1. Person' und meinen damit, daß wir nicht stellvertretend für andere handeln können und wollen. Es gibt ***nichts*** und ***niemand***, auf dessen Auftrag(???) und Legitimation(???) wir uns dabei berufen könnten. Jede Rechtfertigung(???) unseres Handelns fällt auf uns ***selbst*** zurück und muß in uns ***selbst*** begründet sein. Und zwar letztlich in jedem/r ***einzeln***. (...) Ich denke es bildet sich in der Auseinandersetzung damit sowas wie ein Rechts- und Unrechts***bewußtsein, das verhaltensbestimmend wird***, (...)."

Dieser idealistische Schmus wird von Lotta noch dazu als "materialistische Auffassung" ausgegeben. Denn "die letzte Handlungsmotivation" liege "immer im eigenen Interesse begründet" (alle Hervorh. + ??? d. Verf.).

Letzteres ist nichts anderes als ein platter Kult des individuellen Egoismus und Lottas *unkritische* Definition von Subjektivität entspricht der des deutschen idealistischen Philosophen Hegel (und den *kritischen* Lexikon-Definitionen, aufgrund deren Lotta ihre Verwechslungs-These aufstellt: Bestimmung von Form und Inhalt der Erkenntnis durch ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefaßte menschliche Subjekt. Mir scheint es dagegen richtig zu sein, von folgenden zwei These auszugehen: 1. Das Sein bestimmt dasBewußtsein. 2. deshalb ist ***objektive*** Erkenntnis möglich [vgl. D. Lecourt, Lenins philosophische Strategie, Frankfurt/M., 1975, bes. 26 - 38, hier 31 f.). In der Sichtweise von Hegel, Lotta u.a. sind dagegen die Individuen das Primäre. Die Gesellschaft(lichkeit) kommt im Nachhinein hinzu: als "Rechtsbewußtsein" (Lotta) und - in der bürgerlichen Ideologie - als Staat. Tatsächlich werden die Individuen aber immer schon in die Gesellschaft hineingeboren, sind deren Produkt:

Marx und Engels zeigten in ihrer Kritik an Jung- und Althegelianern, daß die Menschen schon dadurch in einem gesellschaftlichen Verhältnis stehen, daß sie ihre Lebensmittel - anders als die Tiere - *produzieren* (MEW 3, 19 ff., 28 ff. - Deutsche Ideologie). Nur auf dieser Grundlage haben die Menschen - ebenfalls anders als die Tiere - ein Bewußtsein (ebd. 26 ff., 30 ff.).

Im Anschluß daran lassen sich ***drei*** Thesen aufstellen:

-- Es gibt kein Subjekt der Geschichte, dessen "Identität" - definitionsgemäß - "durch die Einheitlichkeit seiner 'Persönlichkeit' festgelegt ist". Denn:

-- Vielmehr machen die Massen - in der Klassengesellschaft: die ausgebeuteten Klassen und Schichten - die Geschichte/Revolution.

-- "Der Klassenkampf" - sowie der feministische Kampf gegen MännerHERRschaft und der antirassistische Kampf gegen die Herrschaft der Weißen! - "(...) ist der Motor der Geschichte - der die Geschichte bewegt, antreibt, 'ins Rollen bringt'." (vgl. L. Althusser, Antwort an John Jewis, in: Arenz/Bischoff/Jaeggi (Hg.), Was ist revolutionärer Marxismus, Westberlin, 1973, bes. 47 ff.)

Alldies bedeutet keinen Determinismus und keine Negation des politischen Handelns, sondern gerade die Entwicklung des gemeinhin sogenannten 'subjektiven Faktors', nämlich die Überwindung bürgerlicher Ideologie (ebd., 53, 62 ff.; vgl. zum ganzen auch den weiteren Aufsatz von Althusser: ebd., 89 ff.).

Wer/welche von den ***Massen*** ausgeht, für den/die stellt sich die Frage der Zusammenarbeit, der Organisierung/Organisation, der Verbindlichkeit etc.

Wer/welche dagegen - wie Lotta - von SICH SELBST - ausgeht, dem/der sind diese Fragen natürlich völlig schnuppte und landet schnell bei der Position von "ein Autonomer": "Ich bezeichne mich immer noch als Autonomer und Antifaschist, genau in dieser Reihenfolge (?!, d. Verf.). (...) ich verstehe die politischen Zusammenhänge in denen ich arbeite primär als Zusammenschluß ***einzelner Menschen*** (...)." (interim 165) ...und nur zwei Seiten weiter beklagt er die fehlende Kollektivität!

II. Organisationsdebatte

Verschiedene Probleme wurden bereits in dem "Diskussionsbeitrag..." (interim 168) aufgeworfen (Ignoranz von Heinz Schenk ggü. der autonomen Klassenlage, also selbst nur wiederum subjektivistische Kritik; revolutionärer Prozeß vs. Freiraum-Politik).

1. H.S. wirft dem "Ich sag, wie's ist"-Papier von 1988 (interim 26 - 28) vor, "an den K-Gruppen der 70er-Jahre" orientiert zu sein (interim 167). Was die Terminologie anbelangt, hat H.S. mit seiner 'Kritik' recht. Was ihm aber (wegen Schubladen-Denkens?) entgangen ist, ist der Versuch jener GenossInnen, die *revolutionären* "Partei"debatten von KommunistInnen darauf hin zu betrachten, in welcher Form sie uns nützlich sein können.

2. Was soll eine "antiautoritäre Organisation" sein und welche ersten/nächsten Schritte zum "langfristigen Aufbau" einer solchen Organisation stellt sich Heinz Schenk vor? Die GRÜNEN sind einmal mit diesem Anspruch angetreten, die "Ökologische Linke" um Jutta Ditfurth wiederholt dieses Drama gerade - und was denkt Heinz Schenk dazu? Ist es vielleicht so, daß es in dieser Frage keine einfachen Lösungen gibt: Weder in Form von Organisationsfeindlichkeit, noch in Form bürgerlichen oder stalinistischen bürokratischen Zentralismus noch in Form bloßer rhetorischer Auswege mittels Begriffsbildungen wie "antiautoritäre Organisation"? Ist es vielleicht so, daß es unmöglich ist, sich den widersprüchlichen Effekten von Organisationen (formelle Hierarchiebildung und höhere Effektivität) spontan zu entziehen, daß es vielmehr nur möglich →

ist, diesen Widerspruch bei Anerkennung dessen Existenz zu beherrschen? Wenn die spezifisch autonome Mischung von informellen Hierarchien und Desorganisation überwunden werden soll, ohne ein weiteres Mal den Prozeß von Bürokratisierung und Integration zu wiederholen, dann wird dies nur auf der Grundlage radikaler Illusionslosigkeit möglich sein. Es gibt keine 'guten Menschen' und auch keine *antiautoritäre Garantie* qua formaler Regeln, sondern allenfalls die Möglichkeit, der notwendigen Realität von bürokratischen Tendenzen in Organisationen bewußt entgegenzuwirken. Wer/welche stattdessen an die Möglichkeit einer "antiautoritären Organisation" ***glaubt***, wird um so schneller die autoritäre Realität einer Organisation als nicht nur teilweise(!) unvermeidlich, sondern auch als gut und richtig abfeiern.

Frank Schöbel

INFO-CAFE VAMOS

INFOS, BROSCHÜREN & ZEITSCHRIFTEN ZU ANTIFA, HÄUSERKAMPF, ARBEITERINNENKAMPF, KNAST, UND ANDEREN ANSCHLAGSRELEVANTEN THEMEN

TÄGLICH FRÜHSTÜCKSBUFFET

MO, MI 7.30 - 19 UHR
DI, DO, SO 11 - 19 UHR

MARCHSTR. 23

Ab Dezember wieder neu:

Monatliche Pressedokumentation, einsehbar im Infocafé Vamos zu folgenden Themen:

Häuserkampf, MieterInnenkampf, Wohnungspolitik, Faschismus und Rassismus, Antifa, Knast, Linke und Widerstand, RAF, Repression, KurdInnen/Türkei, Zentralamerika, ETA, IRA, FrauenLesben.

Zurückgegriffen wurde vorrangig auf die Berliner Tagespresse.

Die Dokumentation liegt für Teile der Jahre 89 und 90 vor (wird ergänzt) und laufend aktuell ab Oktober 91.

SOLIDARITÄTSAKTIONEN für Ralf und Knud

Kurz nach der Verhaftung gründete sich eine Solidaritätsgruppe, die sich um beiden kümmert und versucht eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Seit dem 3.Oktober finden alle zwei Wochen Knastkundgebungen mit 80 bis 150 Leuten statt. In verschiedenen Städten liefen Info-Veranstaltungen, Unterschriftenlisten für die Freilassung von Ralf und Knud wurden erstellt, es gab einen demonstrativen Umzug bei dem aus Holz und Pappe gebastelte Konstrukte dem LKA-HH vor die Füße geworfen wurde und es sind zahlreiche Unterstützungserklärungen eingegangen.

Nur mit zahlreichen weiteren Aktivitäten können wir den Druck auf die politischen Verantwortlichen erhöhen und somit zu der Freilassung von Knud und Ralf beitragen!

Am **11. Dezember** findet in Bargteheide von ehemaligen LehrerInnen der beiden eine Podiumsdiskussion u.a. mit dem Justizminister von Schleswig-Holstein Klingner statt. Am **11.Januar 92** ist in Itzehoe eine Demonstration und in der Woche eine Großveranstaltung in Hamburg geplant, da die Hauptverhandlung voraussichtlich im Januar beginnt.

KONTAKT: *Solidaritätsgruppe Knud und Ralf, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2 Hamburg 36*

DIREKTER KONTAKT: *Jeden Freitag zwischen 16 und 18:30 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt 71, Tel.:040/4395413, dort gibt es auch einen Videofilm.*

SPENDENKONTO FÜR DIE KOSTEN DER VERTEIDIGUNG: *RA Beuth, Kto.Nr.: 1250/124029, Blz.:20050550, Sonderkonto "Knud & Ralf", Hamburger Sparkasse*

ADRESSEN: *Knud Andresen, Ralf Gauger, z.Zt. Landgericht Itzehoe, Breitenburgerstr. 68, 2210 Itzehoe*

WEIHNACHTSPOGO/21.
IN DER MARCH/SA 12

UNDER-DOG'S

ROTKÄPCHENS SÖHNE

VERBRANNTE ERDE

Z.M.A.T.

FÜR DIE KNAST-KASSE

TERMINE:

Do 19.12. ? Videokino daneben "Die neue Kunst des Strafens"

Sa 21.12. ? Videokino daneben,Rigaerstr.84 "Dawn by law"

14.00 Köln,Wallraffplatz(Nähe Dom) Überregionale Demo zur Durchsetzung des "Franz-Rheinberger-Zentrums"

Fr 20.12. 20.00 "Kulturladen" Kollwitzstr.93,Prenzelberg
Infoabend mit den Flüchtlingen aus der TU

Säm preschitscher ēn everi jier:
Di 24.12. **22.00** oder so: **Heiligabend** im EX, Gneisenaustr.2a, 1/61

Do 26.12. ? Videokino daneben "K-H-Roth-Interview aus der U-Haft"

Sa 28.12. ? Videokino daneben,Rigaerstr.84 "Mystery Train"

Di 31.12. 23.30 **Nur für Frauen/Lesben ! Silvesterknastkundgebung vor der Plötze**

21.30 **Göttingen,Gänseliesel Demo gegen Faschismus und Polizeiterror**

Sa 4.1. 15.00 Nürnberg,Komm-Königsstr.93 2.bundesweites Treffen zur Freilassung von Bernd Rössner

Sa 11.1. 13.30 **Greifswald,Mensa am Wall Antifa-Demo gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit**

15.12.-29.2. Galerie Olga Benario,Weserstr.5 1/44
Fotoausstellung zu Berlin 1918/19

25.1.-8.2. Gelsenkirchen,KAUE-Wilhelminenstr.174
Autonome Ruhrfestspiele

Der Termin der Umlandgruppe Mo 19.00 ist kein ständiger Termin!

BIER
GLÜHWEIN
VOKÜ e.t.c.

BEGINN 19.00

MARCHSTR 23
U1 ERNST-REUTERPL
S1 TIERGARTEN